



Zur Situation von Arbeitslosen in Österreich 2021

Daniel Schönherr
Wien, August 2021

Inhaltsverzeichnis

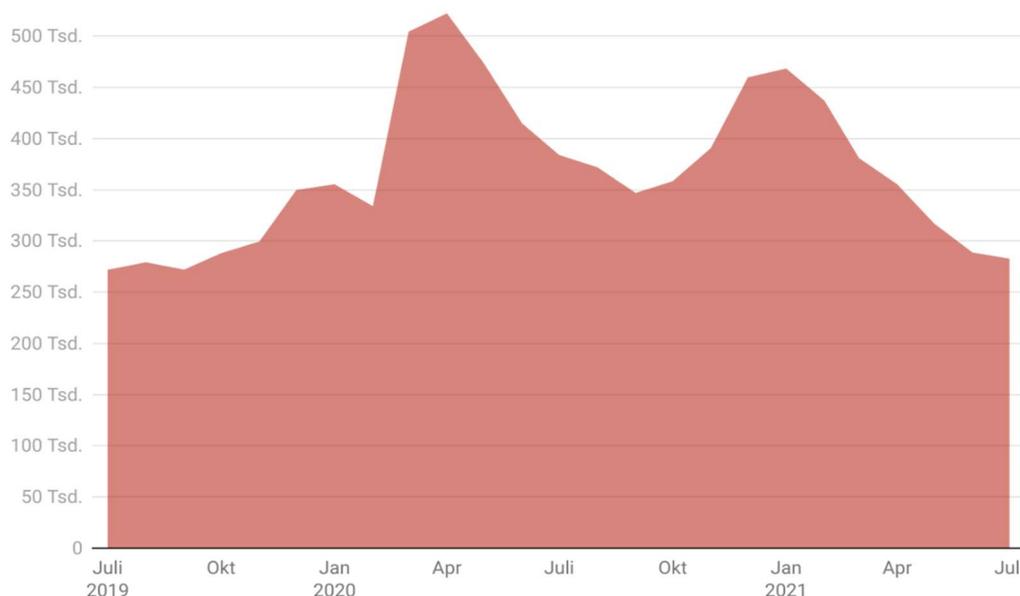
Einleitung	1
Arbeitslose im Fokus: Zur Studie.....	6
1 Existenzsicherung in der Arbeitslosigkeit	10
2 Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf den Lebensalltag und die psychische Gesundheit	16
3 Gründe für die Arbeitslosigkeit und Strategien zur Jobsuche	20
4 Diskriminierungserfahrungen und Erfahrungen mit Vorurteilen ..	24
Schlussbetrachtung: Zur gesellschaftlichen Situation von Arbeitslosen in Österreich .	35
Literatur.....	37
Abbildungsverzeichnis.....	41
Tabellenverzeichnis	42
Technische Details.....	43

Einleitung

Die COVID-19-Pandemie traf den österreichischen Arbeitsmarkt in einer Phase relativer Entspannung. Mit dem Erlass von Ausgangsbeschränkungen und Geschäftsschließungen im März 2020 stieg die Zahl der beim AMS vorge-merkten Arbeitslosen innerhalb von zwei Wochen von 333.987 auf 504.345. Allein in den ersten beiden Tagen des Lockdowns – am 15. und 16. März – verloren rund 70.000 Menschen schlagartig ihre Arbeit. Mitte April erreichte die Arbeitslosigkeit mit 588.000 Personen das höchste Niveau nach dem zweiten Weltkrieg (Eppel et al. 2020, 153). Dabei waren Arbeiterinnen und Arbeiter in der Frühphase der Pandemie deutlich stärker vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen als Angestellte und Öffentlich Bedienstete: Zwischen April und Juli 2020 entfielen neun von zehn verlorengegangenen Stellen auf Arbeiter*innenberufe (Eppel et al. 2020, 161). Die Arbeitslosigkeit stieg aber in fast allen Branchen an. Im Tourismus- und Dienstleistungssektor verloren vor allem Frauen ihren Job, im Bau und in der Arbeitskräfteüberlassung viele Männer (AMS 2021).

Nach den Öffnungsschritten im Mai und Juni 2020 erholte sich Österreichs Wirtschaft über die Sommermonate rascher als erwartet. Damit sank auch die Zahl der beim AMS vorgemerkten Arbeitslosen bis September 2020 auf rund 347.000. Mit den steigenden Infektionszahlen im Herbst und dem zweiten Lockdown Mitte November stieg auch die Arbeitslosigkeit wieder an. Zu Jahresbeginn 2021 waren 468.330 Personen beim AMS als arbeitslos vorgemerkt. Mit fortschreitender Durchimpfung und den Öffnungsschritten im Frühjahr 2021 sank dann auch die Arbeitslosigkeit, mehr und mehr Personen gelang die Rückkehr in den Arbeitsmarkt.

Abbildung 1: Bestand vorgemerakter Arbeitsloser Juli 2019 bis Juli 2021



Quelle: Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) / Hauptverband der Sozialversicherungsträger Österreich (HVS)

Zurück bleiben jene, die seit Beginn der Pandemie ohne Erfolg nach einem neuen Job suchen. Von den im Juli 2021 rund 282.000 beim AMS vorgemerkten Menschen sind rund 79.000 seit mehr als einem Jahr arbeitslos.¹ Ältere Arbeitslose über 50 machen ca. die Hälfte aller Langzeitarbeitslosen aus, Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss 45%, ausländische Staatsbürger*innen 25%. Sie sind es, die ihre Chancen auf neue Arbeit schwinden sehen, die mit ihrem Geld kaum noch auskommen, und denen medial und von Seiten der Politik immer wieder unterstellt wird, sie seien an ihrem Schicksal im Wesentlichen selbst schuld.

Arbeitslose, die „*lieber das Arbeitslosengeld nehmen*“², die es sich in der „*sozialen Hängematte bequem gemacht*“³ hätten, die nicht gewillt seien, „*sich wieder eingliedern zu lassen*“⁴: Der Tonfall gegenüber Arbeitslosen verschärfte sich im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs zuletzt deutlich. Dabei wurden die Rolle und die Leistungen des Sozialstaates für Arbeitslose in Österreich schon seit Beginn der COVID-19-Pandemie immer wieder debattiert. In der ersten Phase der Pandemie wurden vor allem Forderungen von Arbeitnehmer*innen-Seite nach einer Erhöhung der Ersatzquote laut, um die Armutsgefährdung von Arbeitslosen zu senken. Die Bundesregierung knüpfte daran die Idee eines „degressiven Arbeitslosengeldes“, bei dem zu Beginn der Arbeitslosigkeit zwar mehr ausbezahlt werden würde, die Ersatzquote aber mit längerer Bezugsdauer absinkt, wie das bereits im Regierungsprogramm angedeutet wurde.⁵ Zwischenzeitliches Ergebnis der Debatte war eine Einmalzahlung an Arbeitslose in der Höhe von 450 Euro im September 2020 (im Dezember wurde eine weitere Bonuszahlung vereinbart, je nach Dauer der Arbeitslosigkeit zwischen 150 und 450 Euro). Ende des Jahres wurde dann bekannt, dass das Arbeitsmarktservice (AMS) plant, seine Mittel künftig auf Basis eines Algorithmus zu verteilen, der Arbeitslose basierend auf der zu erwartenden Wahrscheinlichkeit, einen neuen Job zu finden, in drei Gruppen aufteilt. Konkret würde dies bedeuten, dass nicht mehr alle Arbeitssuchenden dieselben Ressourcen bei der Arbeitsvermittlung oder für Qualifizierungsmaßnahmen erhalten (vgl. dazu Allhutter et al. 2020).

Zu Beginn des Jahres 2021 gab die Bundesregierung dann ihre „Joboffensive“ bekannt, in deren Rahmen mehrere tausend Arbeitslose zu Pflegekräften umgeschult werden sollen. Gleichzeitig wurde das Problem der Langzeitarbeits-

¹ Die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen liegt noch höher (130.000). Als Langzeitarbeitslose werden vom AMS jene Menschen bezeichnet, die über ein Jahr ohne Unterbrechungen arbeitslos waren. Langzeitbeschäftigungslose hingegen sind Arbeitslose, die zum Stichtag eine Geschäftsfalldauer von mehr als 365 Tagen hatten, wobei Unterbrechungen aufgrund z.B. von Schulungen oder kurzen Beschäftigungen von weniger als 62 Tagen nicht mitgerechnet werden.

² Doris Felber in: Heute, 18.6.2021, online unter: <https://www.heute.at/s/felber-90-der-bewerber-wollen-gar-nicht-arbeiten-100147763>

³ Mario Pulker in: meinbezirk.at vom 22. Juni 2021, online unter: https://www.meinbezirk.at/niederoesterreich/c-wirtschaft/noe-wirte-chef-soziale-haengematte-ist-bequem_a4716011

⁴ Mario Pulker in: Der Standard vom 6. Juni 2021, online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127183672/gastro-obmann-fordert-verschaerfung-der-zumutbarkeitsregeln-fuer-arbeitslose>

⁵ Im Regierungsprogramm der ÖVP-Grüne-Koalition findet sich dazu auf Seite 182 das Vorhaben: „*Weiterentwicklung des Arbeitslosengeldes mit Anreizen, damit arbeitslose Menschen wieder schneller ins Erwerbsleben zurückkehren können.*“

losigkeit im April 2021 – ein Jahr nach dem ersten Lockdown – auch von den Medien immer häufiger thematisiert. Während dann zwar im Juni dieses Jahres ein Volksbegehren zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes startete, waren es vor allem die Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitssuchende, die öffentlich debattiert wurden. Stimmen aus der Gastronomie und aus Bäckereibetrieben riefen nach einer Verschärfung des Drucks auf Arbeitslose, um offene Stellen rascher besetzen zu können. Damit gerieten aber auch die Arbeitsbedingungen und Entlohnung in diesen Branchen in den Blick und die Frage, wer letztlich die Verantwortung dafür trägt, wenn offene Stellen nicht besetzt werden können.

In ihrer Gesamtheit verweisen diese jüngsten Debatten darauf, dass sich die Diskussion über Arbeitslose und der Blickwinkel, aus dem Arbeitslosigkeit thematisiert wird, immer wieder verändern. Historisch wurde in Österreich als eines der ersten europäischen Länder bereits 1920 ein am Versicherungsprinzip orientiertes System finanzieller Absicherung für Arbeitslose etabliert, das vor allem das Risiko von sozialen Unruhen und Aufständen abfedern sollte (Tálos 1981). Die Zugangsvoraussetzungen und die Höhe des Arbeitslosengeldes waren aber damals schon restriktiv und umstritten. Ausgeschlossen waren z.B. Hauspersonal, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter*innen und Angestellte, Markthelfer*innen, Gepäckträger*innen, Zeitungsverkäufer*innen oder vorübergehend Aushilfsbeschäftigte (Hammerl/Kraus 1936, 4). In den 1930er Jahren wurde die Forderung laut, Hilfeleistungen an Arme nur noch in Form von Naturalien zu leisten, da Arbeitslose das Geld „unvernünftig“ einsetzen würden. Im Austrofaschismus wurde die Anspruchsdauer gekürzt, die Anspruchsbedingungen verschärft und die Arbeitslosenunterstützung je nach Lage der Betroffenen auf bis ein Drittel des Einkommens herabgesetzt, wobei ein großer Teil der Arbeitslosen überhaupt vom Leistungsbezug ausgeschlossen war. Armut und Obdachlosigkeit stiegen in den 1930er Jahren stark an, sodass die nationalsozialistische Propaganda „Brot und Arbeit“ in weiten Teilen der Bevölkerung die Erwartung einer Verbesserung der Lebensbedingungen wecken konnte (vgl. Tálos/Fink 2008). Das österreichische System der Arbeitslosenversicherung wurde unter nationalsozialistischer Herrschaft an das deutsche Prinzip der „Arbeitslosenfürsorge“ angepasst, das Kriterium der Anwartschaft entfiel. Arbeit wurde im Nationalsozialismus zur „Pflicht“, der Arbeitsbegriff wurde „*nationalisiert und naturalisiert*“ (Lelle 2017). Unter dem Sammelbegriff „Asoziale“ wurden neben Obdachlosen, Bettlern oder Suchtkranken auch sog. „Arbeits-scheue“ verhaftet und in Konzentrationslager deportiert (Loch 2017).

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs stieg die Beschäftigung im Zuge des raschen wirtschaftlichen Aufschwungs stark an. Eine Zäsur in der Arbeitsmarktpolitik stellte 1969 der Wechsel von einer passiven zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik (AMP) dar, die mit dem Arbeitsmarktförderungsgesetz (AMFG) einen rechtlichen Rahmen erhielt (vgl. dazu und folgend: Griesser

2019). Die bestehende Arbeitslosenversicherung sollte durch aktive Qualifizierungsmaßnahmen ergänzt werden, um die Mobilität Arbeitssuchender zu verbessern. Entsprechend sollte die aktive AMP die Strukturpolitik darin zu unterstützen, Arbeitslose *„hinüberzubringen in Berufe und in Betriebe, die produktiver sind“* (Arthur Mussil/ÖVP, zitiert nach: Griesser 2019, 176). Bezeichnend für damals aber war, dass alle Fraktionen und politischen Akteur*innen ein ähnliches Verständnis von Erwerbslosen und der staatlichen Verantwortung aufwiesen: *„So basiert die vorherrschende Konzeption des Staat-Markt-Verhältnisses auf einer Vorstellung des Arbeitsmarkts, die von dessen grundlegendem Ungleichgewicht ausgeht und daraus die Notwendigkeit staatlicher Planung und Steuerung schlussfolgert.“* (Griesser 2019, 178) Das in dieser Zeit vorherrschende Bild von Arbeitslosen begriff diese als vulnerable Gruppe gegenüber der starken Macht der Märkte. Der Arbeitsmarkt sei durch ein grundlegendes Ungleichgewicht gekennzeichnet. Neben saisonalen und konjunkturellen Schwankungen am Arbeitsplatz wurden vor allem Rationalisierungs- und Automatisierungsvorgänge als wesentliche Ursachen für Arbeitslosigkeit identifiziert. Die damalige Politik schlussfolgerte, dass arbeitslose Menschen vor dieser Marktmacht geschützt und durch staatliche Maßnahmen unterstützt werden müssten. Umstritten war jedoch die Ausrichtung der Aktivitäten der Arbeitsmarktverwaltung: Während die damalige SPÖ von einem *„Recht auf Arbeit“* sprach, kontierte man von Seiten der ÖVP damit, dass es auch eine *„Pflicht zur Arbeit“* gäbe (zitiert nach: Griesser 2019, 178).

Mit der Mitte der 1970er-Jahre einsetzenden Krise fordristischer Produktionsweisen und dem Ende der Vollbeschäftigung in Österreich wurde auch die Auffassung von Arbeitslosen als Opfer übermächtiger Marktmächte zunehmend brüchig. Verantwortlich dafür macht Griesser (2019) den schrittweisen Funktionswandel des Sozialstaats und eine damit einhergehende Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. So ähnlich die beiden Wörter klingen, stellt die in den 1990er Jahren gegenüber der „aktiven“ zunehmend in den Vordergrund rückende *„aktivierende“* Arbeitsmarktpolitik einen Bruch mit dem bis dahin vorherrschenden Bild von Arbeitslosen dar. Demnach müssen Arbeitslose nun „aktiviert“ werden, um ihre Beschäftigungsfähigkeit an die sich immer schneller ändernden wirtschaftlichen Anforderungen anpassen zu können. Das Verständnis von Arbeitslosen als zu aktivierende Gruppe ging mit einem Ausbau an Sanktionsmöglichkeiten gegen Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher*innen in den 1990er Jahren einher, gleichzeitig wurden die Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose aufgeweicht (Atzmüller 2009, 30). Der Bezug von Leistungen wurde in Folge immer stärker an Gegenleistungen geknüpft. Arbeitslosigkeit wird seither zum individuellen Problem umgedeutet. Wird jemand arbeitslos, dann aufgrund persönlicher Defizite wie z.B. eine unzureichende Qualifikation, zu geringe Leistungsfähigkeit, fehlende Sprachkenntnisse oder keine ausreichende Arbeitsmoral, so der von Politik und Medien übernommene neue Deutungsrahmen. *„Analog dazu ist die Vor-*

stellung von Erwerbslosen auch nicht mehr vom Bild eines verwundbaren Individuums geprägt, das einem übermächtigen Marktprozess ausgeliefert und entsprechend staatlicherseits zu schützen ist. Vielmehr erscheinen Marktprozesse selbst als Quelle individueller Autonomie – und Erwerbslose wahlweise als ‚Opfer‘ (aufgrund institutionell bedingter Ausschlüsse) oder als ‚ÜbeltäterInnen‘ (aufgrund selbst verschuldeten Versagens), die mithilfe positiver und v.a. negativer Sanktionen rasch in den Arbeitsmarkt zu (re-)integrieren sind.“ (Griesser 2019, 181) Die aktuellen Debatten fügen sich dabei nahtlos in diesen Rahmen ein. Das „Aktivierungs-Paradigma“ wird nun gemeinhin akzeptiert. Als Streitpunkte treten lediglich die Effizienz der vom AMS erbrachten Leistungen sowie die Höhe des Arbeitslosengeldes im Bereich der passiven Arbeitsmarktpolitik hervor. Arbeitslose selbst aber kommen im öffentlichen Diskurs selten zu Wort.

Arbeitslose im Fokus: Zur Studie

Der vorliegende Bericht beruht auf einer österreichweiten standardisierten Telefonbefragung von 1.844 Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahren.⁶ Die ca. 20-minütigen Interviews fanden zwischen 29. Mai und 11. Juli 2021 statt. 1.215 Interviewpartnerinnen und -partner waren zum Befragungszeitpunkt arbeitslos, davon 332 langzeitarbeitslos⁷, 629 Befragte waren abhängig beschäftigt.

Während des Befragungszeitraums waren in Österreich rund 280.000 Menschen beim AMS als arbeitssuchend gemeldet, ca. 70.000 befanden sich in Schulungen - ihnen standen 3,8 Mio. Menschen in Beschäftigung gegenüber. Hat die im Zuge der politischen Maßnahmen zur Eindämmung des COVID-19-Virus rasant gestiegene Arbeitslosigkeit vielen in Österreich wieder in Erinnerung gerufen, dass Menschen zumeist unverschuldet arbeitslos und staatlicherseits unterstützt werden müssen, verschärfte sich die öffentliche Debatte im Frühsommer 2021 (vgl. Einleitung). Arbeitgeber*innen und einzelne Branchenvertreter*innen beklagten öffentlichkeitswirksam fehlendes Personal und forderten mehr Druck auf Arbeitslose. Arbeitslose selbst kamen dabei nicht zu Wort. Auch darin zeigen sich Klassenungleichheiten, die nicht erst seit der COVID-19-Pandemie unsere Arbeitswelt prägen.

Hinzu kommt, dass Arbeitslosigkeit heutzutage oftmals als individuelles Problem des oder der Einzelnen gesehen wird. Auf diese Art verstärkt sich der Eindruck von Arbeitslosigkeit als Einzelschicksal. Aber auch wenn 97% aller Menschen in Österreich glauben, dass Arbeitslosigkeit jeden jederzeit treffen könne⁸, sind die Risiken real sehr ungleich verteilt. Dass diese zunächst nichts mit persönlichen Merkmalen oder gar einer individuellen Unzulänglichkeit der Betroffenen zu tun haben, zeigt sich an den zugrundeliegenden Berufungleichheiten. Neun von zehn Arbeitsplätzen, die im März und April 2020 in Österreich verloren gegangen sind, betrafen Arbeiterinnen und Arbeiter (Eppel et al. 2020, 161). Bald kamen Beschäftigte aus den Randbelegschaften (Freie Dienstnehmer*innen, Werkvertragsnehmer*innen) und Dienstleistungsarbeiterinnen und -arbeiter hinzu. Hilfsarbeiter*innen, Reinigungspersonal, Bauarbeiter*innen, Kellner*innen, Friseurinnen: Produktions- und Dienstleistungsarbeiter*innen stellen noch immer mehr als 70% aller Arbeitslosen. Während die akademischen oder hochqualifizierten Erwerbsklassen (technische Expert*innen, soziokulturelle Expert*innen) und Büro-

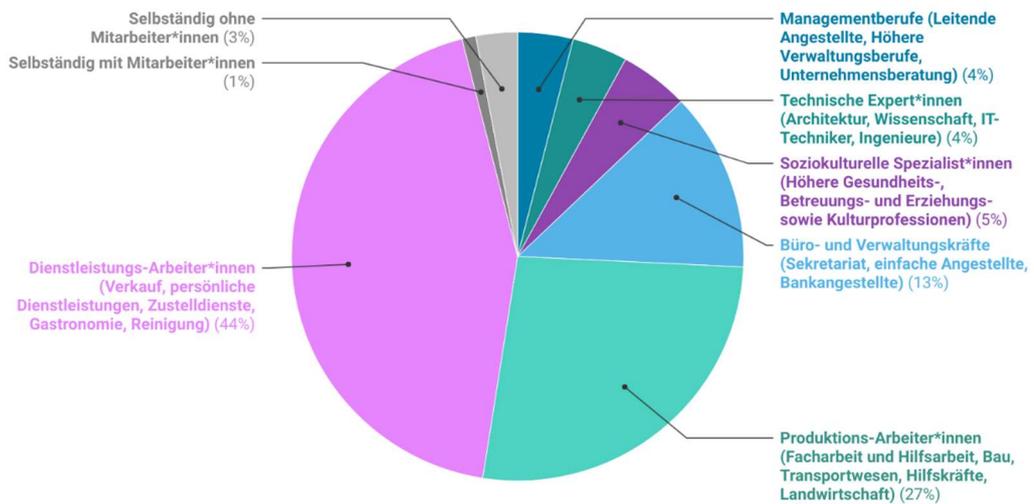
⁶ Die Daten wurden via Zufallsauswahl gewonnen. Für das Sampling wurden sämtliche Netzanbieter herangezogen; auch Geheimnummern wurden durch RDD (Random Digit Dialing) erreicht. Innerhalb der so ermittelten Privathaushalte wurde die Zielperson via Screeningfrage zum aktuellen Erwerbsstatus ausgewählt. Die Interviews wurden auf Deutsch oder fallweise auf Türkisch, Serbokroatisch, Ungarisch, Rumänisch und Arabisch geführt. Die Daten wurden entlang der Merkmale höchster Bildungsabschluss sowie für Arbeitslose entlang der Dauer der Arbeitslosigkeit nachträglich gewichtet und sind repräsentativ für die Gesamtpopulation.

⁷ Die vorliegende Studie folgt nicht der vom Arbeitsmarktservice (AMS) geschaffenen Differenzierung von Langzeitarbeitslosen und Langzeitbeschäftigungslosen und begreift als Langzeitarbeitslose alle jene Befragten, die vor mehr als 1 Jahr ihren Job verloren haben und seitdem arbeitslos sind.

⁸ Die Zahlen entstammen der vorliegenden Befragung.

angestellte vergleichsweise geschützt waren vor Kündigungen, wurden Beschäftigte, die man traditionell der Arbeiterklasse zuordnen kann, wesentlich stärker getroffen.

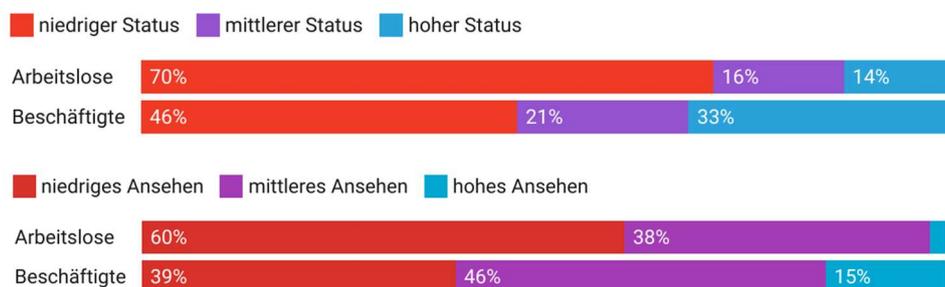
Abbildung 2: Frühere Erwerbsklassen⁹ von Arbeitslosen



n = 1.215 Arbeitslose

Die Mehrheit der Arbeitslosen (70%) arbeitete davor in einem Beruf mit niedrigerem Status, der zu 60% auch gesellschaftlich wenig angesehen war. Berufe also, die oft im Abseits unserer Aufmerksamkeit und Anerkennung verrichtet werden. Auf die Art setzt sich für viele Menschen in der Arbeitslosigkeit fort, was schon davor ihre Haupteinfahrung im Job war: Dass die Arbeits- und Lebensbedingungen unterer Klassen öffentlich entweder gar nicht thematisiert oder lediglich unter Rückgriff auf Vorbehalte und Vorurteile kolportiert werden.

Abbildung 3: Sozioökonomischer Status¹⁰ und Berufsprestige¹¹ der (ehemaligen) Jobs von Arbeitslosen im Vergleich zu aktuell Beschäftigten



n=1.215 Arbeitslose und n=629 unselbständig Beschäftigte

⁹ Die Einteilung in Erwerbsklassen beruht auf dem Klassenschema des Schweizer Ökonomen Daniel Oesch und erfolgte anhand der ISCO-08 Codierung von Berufen (2-stellig) (vgl. Oesch 2006).

¹⁰ Der berufliche Status (genauer: Internationaler Sozioökonomischer Index des beruflichen Status – ISEI) verbindet Daten über Einkommen und Qualifikationsniveau einzelner Berufe zu einem Indikator über den sozioökonomischen Status von Beschäftigten (vgl. Ganzeboom, De Graaf, & Treiman 1992). Die Verknüpfung erfolgte anhand der ISCO-08 Codierung von Berufen (2-stellig).

¹¹ Das Berufsprestige (Standard International Occupational Prestige Scale – SIOPS) reflektiert das Ansehen eines Berufs in der Bevölkerung. Die Datenbasis bilden Befragungen aus 55 Ländern, in denen Probandinnen und Probanden unterschiedliche Berufe hinsichtlich deren Ansehens bewertet und eine entsprechende Reihenfolge gebildet haben (vgl. Treiman 1979). Die Verknüpfung erfolgte anhand der ISCO-08 Codierung von Berufen (2-stellig).

Genausowenig wie die Arbeitslosigkeitsrisiken in Österreich gleich verteilt sind, sind auch die Chancen nicht gleich, wer welche Ausbildung absolviert, wer nach der Ausbildung in welchem Job zu arbeiten beginnt und wer in welchem Beruf tätig ist. Strukturelle Ungleichheiten leiten genauso wie betriebliche oder individuelle Diskriminierungen Menschen in bestimmte Berufe, die ihrerseits wiederum mit ungleichen Mitbestimmungsmöglichkeiten, Arbeitsbedingungen, Einkommenshöhen und letztlich auch Arbeitslosigkeitsrisiken daherkommen. Auf diese Art schichtet sich Gesellschaft. Wenn also in der vorliegenden Stichprobe ausländische Staatsbürger*innen oder Menschen ohne weitere Ausbildungen nach der Pflichtschule einen größeren Teil der Arbeitslosen ausmachen, dann vor allem, weil ihnen entweder nicht dieselben Wege in sichere Berufe offen standen wie anderen Menschen oder die Betriebe jetzt anderen Kandidatinnen und Kandidaten den Vorzug geben.

Tabelle 1: Soziodemografische Merkmale der Stichprobe

		Arbeitslose	unselbständig Beschäftigte
Geschlecht	Männer	51%	47%
	Frauen	49%	53%
Alter	bis 29 Jahre	31%	12%
	30 bis 40 Jahre	21%	26%
	41 bis 50 Jahre	21%	30%
	51 Jahre und älter	27%	32%
Höchster Bildungsabschluss	maximal Pflichtschulabschluss	44%	12%
	Lehrabschluss	28%	36%
	mittlerer Abschluss	5%	12%
	Matura	13%	19%
	Studium	10%	21%
Staatsbürgerschaft	österreichische Staatsbürgerschaft	72%	89%
	ausländische Staatsbürgerschaft	28%	11%
Haushalt	Singlehaushalt	21%	21%
	2-Personen-Haushalt	45%	50%
	3 oder mehr Personen im Haushalt	35%	29%
Kinder	keine Kinder	66%	71%
	Kind(er) unter 15 Jahren im Haushalt	34%	29%
Urbanisierung	dicht besiedelt	43%	47%
	mittel besiedelt	26%	27%
	dünn besiedelt	31%	26%

n = 1.215 Arbeitslose und n = 629 unselbständig Beschäftigte; Spaltenprozent

Bei allen auffälligen Kumulationen wie z.B. der hohe Anteil an Menschen aus dem Ausland oder geringqualifizierten Menschen, zeigen sich auch die Unterschiedlichkeiten in den Lebenssituationen der oftmals als Kollektiv gefassten Gruppe der „Arbeitslosen“. Es sind Männer wie Frauen, es sind jüngere wie ältere Menschen, es sind Menschen am Land und in der Stadt, es sind Eltern, Paare und Singles.

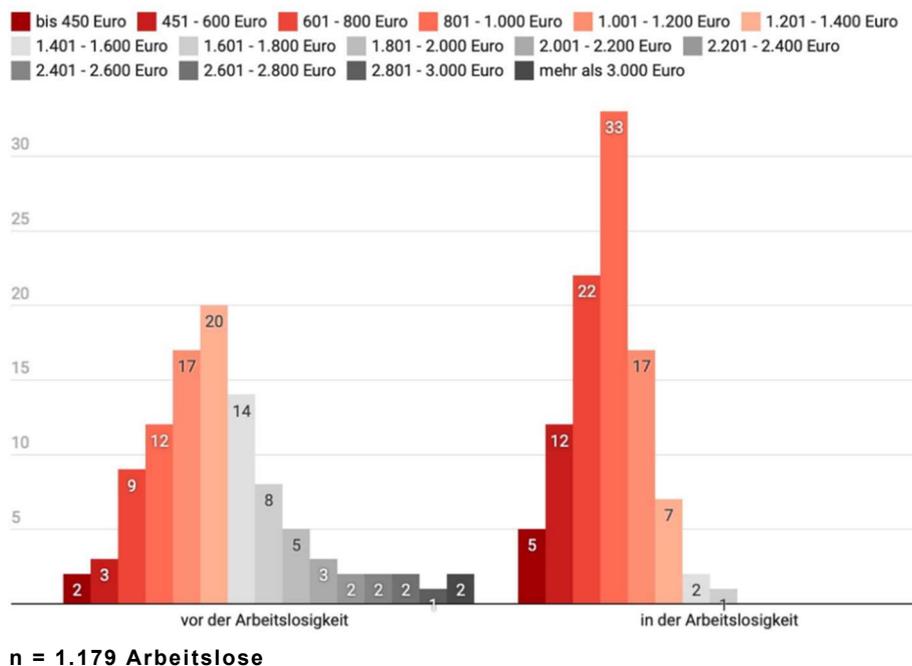
Die Gemeinsamkeit ist vielmehr in der beruflichen Situation *vor* der Arbeitslosigkeit zu suchen. Doch auch diese vermag nicht jene Art von Gemeinschaftsgefühl und Solidarität innerhalb der Gruppe zu erzeugen wie unter Beschäftigten (zumindest bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts). Schon die frühen, mittlerweile „klassischen“ Untersuchungen zu Arbeitslosigkeit und ihren Folgen zeigten, dass der Wegfall von Erwerbsarbeit eher zu Apathie und Resignation statt zu Widerstand und Protest führen (Jahoda et al. 1975). Arbeitslosigkeit, so zeigt auch die vorliegende Studie, bewirkt soziale und psychologische Folgeerscheinungen, die den Gedanken an bzw. die Energie für Solidarisierung oder gar Organisation in weite Ferne rücken lassen. Folgeerscheinungen, *„die auch dann eintreten, wenn das System der öffentlichen Unterstützung das materielle Überleben“* garantiert (Pugliese 1994, 52f.).

1 Existenzsicherung in der Arbeitslosigkeit

Die Existenzsicherung im Sinne der Sicherstellung des materiellen Überlebens in Phasen der Arbeitslosigkeit ist die zentrale Funktion des Arbeitslosengeldes. Dabei entspricht die Auszahlung des Arbeitslosengeldes der Logik einer Versicherungsleistung, d.h. dass die Betroffenen über einen längeren Zeitraum Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt und somit ihren Anspruch auf diese Leistung erworben haben. In Österreich erhalten Arbeitslose derzeit 55 Prozent¹² ihres letzten Nettoeinkommens, maximal aber 1.843 Euro pro Monat. Bei Berücksichtigung von Familienleistungen erhöht sich die Nettoersatzrate im Schnitt auf rund 60 Prozent. Ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft, können Arbeitslose Notstandshilfe beziehen. Im Jahr 2020 betrug der durchschnittliche Tagsatz 33 Euro beim Arbeitslosengeld und 29 Euro bei der Notstandshilfe.¹³

Die im internationalen Vergleich niedrige Nettoersatzrate führt bei vielen Betroffenen zu abrupten Einkommenseinbußen. Dies trifft Menschen umso härter, die schon vor der Arbeitslosigkeit ein geringes Einkommen hatten. Unter den befragten Arbeitslosen verdienten 63% bereits vor der Arbeitslosigkeit weniger als 1.400 Euro netto pro Monat. In der Arbeitslosigkeit sind es 97%. Die offizielle Armutsgefährdungsschwelle beträgt 1.328 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt in Österreich.

Abbildung 4: Nettoeinkommen vor und während der Arbeitslosigkeit



¹² Liegt der errechnete Grundbetrag unter dem Ausgleichszulagen-Richtsatz (aktuell: 1000,48 Euro pro Monat) besteht Anspruch auf einen Ergänzungsbetrag in der Höhe der Differenz zwischen Ausgleichszulagenrichtsatz und Grundbetrag, maximal jedoch 60% des letzten Nettoeinkommens. Lediglich bei Bezug von Familienzuschlägen kann die Nettoersatzrate bis zu 80% betragen.

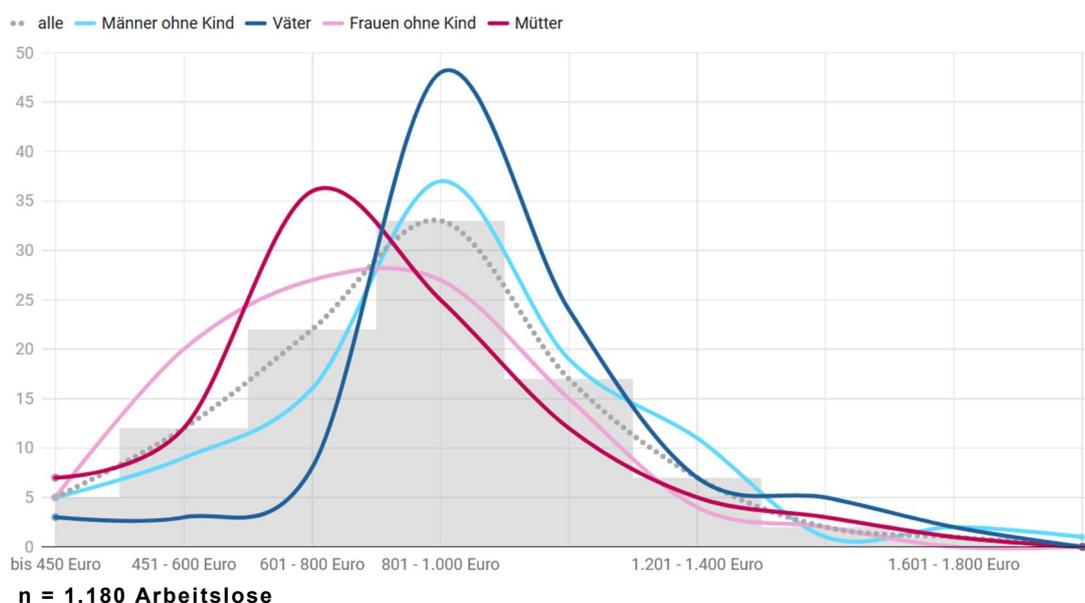
¹³ Zahlen der Statistik Austria, nachzulesen unter:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/sozialeleistungen_auf_bundesebene/arbeitslosenleistungen/index.html

Die Armutsgefährdungsschwelle in der Höhe von 60% des Median-Einkommens erhöht sich mit wachsender Haushaltsgröße. Für Alleinerzieher*innen mit einem Kind liegt sie z.B. bei 1.726 Euro, für Haushalte mit zwei erwachsenen Personen bei 1.992 Euro und für Haushalte mit zwei Erwachsenen und einem Kind bei 2.390 Euro (mit jedem weiteren Kind erhöht sich die Armutsgefährdungsschwelle um ca. 400 Euro). Legt man diese unterschiedlichen Grenzen nun zugrunde, befinden sich zwischen 51% und 66% aller Arbeitslosen in einem armutsgefährdeten Haushalt¹⁴.

In der unterschiedlichen Höhe des Arbeitslosengeldes spiegeln sich bestehende Ungleichheiten wider, etwa zwischen Männern und Frauen. So erhalten 52% der Frauen ohne Kind ein Arbeitslosengeld in der Höhe von maximal 800 Euro pro Monat, bei Männern ohne Kind sind es 30%. Noch deutlicher fällt der Unterschied zwischen Müttern und Vätern aus: Während 55% aller Frauen mit Kindern maximal 800 Euro erhalten, sind es unter Vätern nur 14%.

Abbildung 5: Nettoeinkommen während der Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Elternschaft



Die niedrige Nettoersatzrate in Kombination mit den höheren Arbeitslosigkeitsrisiken von Beschäftigten mit geringen Einkommen führt dazu, dass das Arbeitslosengeld seine Funktion des Stuserhalts bzw. der Sicherstellung des materiellen Überlebens in vielen Fällen nicht erfüllt. Die Existenzsicherung wird damit zur Aufgabe der Arbeitslosen selbst. Zu deren Strategien zählen Einsparungen, Verschuldungen, Verkäufe oder die Suche nach anderen, zumeist privaten Geldquellen. Die Strategien zur Existenzsicherung sind vielfältig, hängen aber unmittelbar von den verfügbaren Ressourcen einerseits

¹⁴ Da das Haushaltseinkommen in der zugrundeliegenden Befragung nicht exakt sondern in Kategorien abgefragt wurde, wurde für die Berechnung der Armutsgefährdung einmal die unterste und einmal die oberste Kategoriengrenze angenommen (vgl. Boehle 2015). Auf die Art ergeben sich ein Mindest- und ein Maximalanteil an Befragten in armutsgefährdeten Haushalten.

und der Dauer der Arbeitslosigkeit andererseits ab. So braucht z.B. mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen (58%) zusätzlich zum Arbeitslosengeld auch eigene Ersparnisse auf – sofern vorhanden. Der Anteil steigt sowohl mit höherem Einkommen vor der Arbeitslosigkeit als auch mit längerer Dauer der Arbeitslosigkeit. Liegen keine Ersparnisse vor, müssen Arbeitslose andere Strategien finden. Dazu zählt vor allem für Geringverdiener der Zusatzverdienst durch Gelegenheitsarbeiten, also etwa geringfügige Tätigkeiten oder Tätigkeiten auf Honorar- oder Werkvertragsbasis unter der Geringfügigkeitsgrenze (475,86 Euro pro Monat). Solche Nebenjobs helfen vor allem armutsgefährdeten Arbeitslosen, trotzdem weiterhin über die Runden zu kommen. Diese Zuverdienstmöglichkeiten werden zumeist erst nach einigen Monaten ergriffen – 62% aller Arbeitslosen, die Gelegenheitsjobs ergreifen, sind länger als sechs Monate arbeitslos, davon 40% länger als zwölf Monate. Zudem führt die Aufnahme von Gelegenheitsjobs nicht zu geringeren Bewerbungsaktivitäten: 97% aller Arbeitslosen, die zeitweise Gelegenheitsjobs annehmen, suchen einen neuen Job (restliche Arbeitslose: 95%).

Ein Viertel aller Arbeitslosen muss Freund*innen oder Familienmitglieder um Geld bitten, was für die Betroffenen oftmals mit großer Scham und Überwindung verbunden ist (vgl. Schönherr et al. 2015, 38). Auch die laufende Überziehung des Bankkontos oder das Aufschieben von Rechnungen sowie Verkäufe auf Flohmärkten oder Onlineplattformen wie willhaben.at oder ebay.com dienen Arbeitslosen zur Existenzsicherung. Kredite zur Überbrückung der Arbeitslosigkeit werden hingegen nur in Einzelfällen aufgenommen.

Tabelle 2: Strategien zur Existenzsicherung

Strategien	Alle	Einkommen vor der Arbeitslosigkeit			Dauer der Arbeitslosigkeit			
		bis 1.200 Euro	bis 2.000 Euro	mehr als 2.000 Euro	bis 3 Monate	bis 6 Monate	bis 12 Monate	länger
Aufbrauchen eigener Ersparnisse	58%	54%	61%	66%	51%	57%	57%	66%
Zuverdienst durch Gelegenheitsarbeiten	31%	41%	25%	21%	24%	26%	36%	38%
Geldausleihen von Freunden oder Familie	23%	35%	15%	8%	26%	17%	23%	22%
laufende Überziehung des Bankkontos	18%	22%	17%	11%	16%	18%	20%	20%
Aufschieben von Rechnungen	18%	27%	12%	8%	20%	17%	20%	15%
Verkäufe auf Ebay, willhaben.at, Flohmärkten	8%	11%	5%	7%	7%	8%	6%	8%
Aufnahme eines Kredits	1%	1%	1%	5%	1%	0%	3%	0%

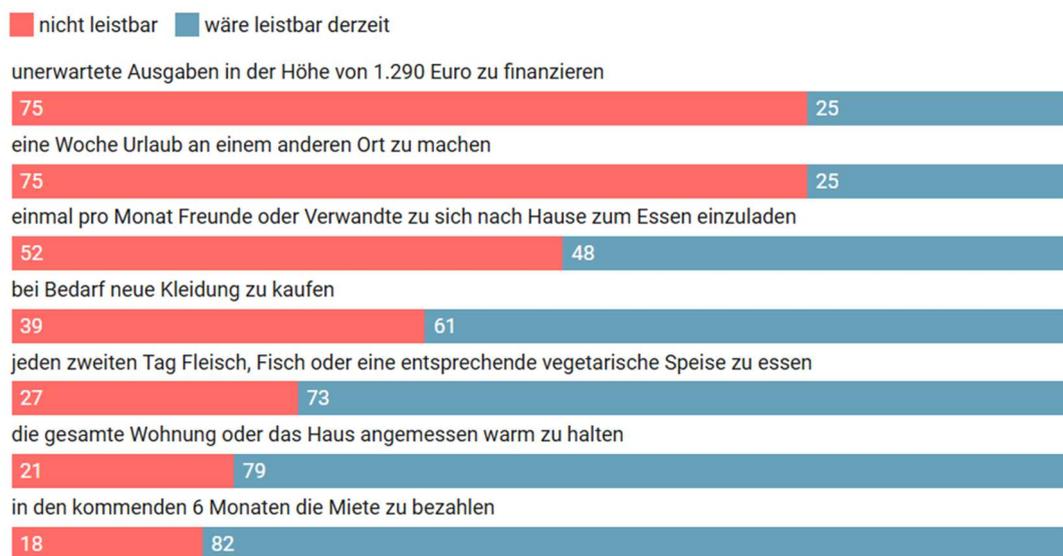
n=1.215 Arbeitslose; Spaltenprozent, Mehrfachnennungen

Dass drei von vier Arbeitslosen auf mindestens eine der angeführten Strategien zur Existenzsicherung zurückgreifen müssen, verweist nicht nur auf die prekäre ökonomische Situation von Arbeitslosen, sondern legt auch ein hohes Maß an Geldsorgen, finanziellem Druck und Anstrengungen in der Arbeitslo-

sigkeit nahe. Die finanziellen Abhängigkeiten wachsen, die Kostenfrage erhöht den Lebensaufwand und wird irgendwann dominierend. Gleichzeitig steigen die Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation. Für 75% der befragten Arbeitslosen wäre es in der aktuellen Phase nicht möglich, unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.290 Euro zu finanzieren (das entsprach der Armutsgefährdungsschwelle 2020). Für genauso viele bleibt die Vorstellung eines einwöchigen Urlaubs an einem anderen Ort in diesem Sommer ein Wunsch. Eine „soziale Hängematte“ sucht man also vergeblich.

Die Konzessionen reichen aber wesentlich tiefer in den Alltag der Betroffenen hinein. Die Hälfte aller Arbeitslosen kann keine Bekannten oder Familienmitglieder zum Abendessen zu sich nach Hause einladen. Vier von zehn Arbeitslosen können sich bei Bedarf keine neue Kleidung kaufen. Zwischen einem Viertel und einem Fünftel aller Arbeitslosen kann es sich nicht leisten, mehrmals die Woche Fleisch, Fisch oder eine entsprechende vegetarische Speise zu essen oder die gesamte Wohnung warm zu halten. 18% glauben nicht, dass sie die nächsten sechs Monate die Miete bezahlen werden können.

Abbildung 6: Indikatoren der Armut (finanzielle Deprivation)¹⁵



n=1.215 Arbeitslose

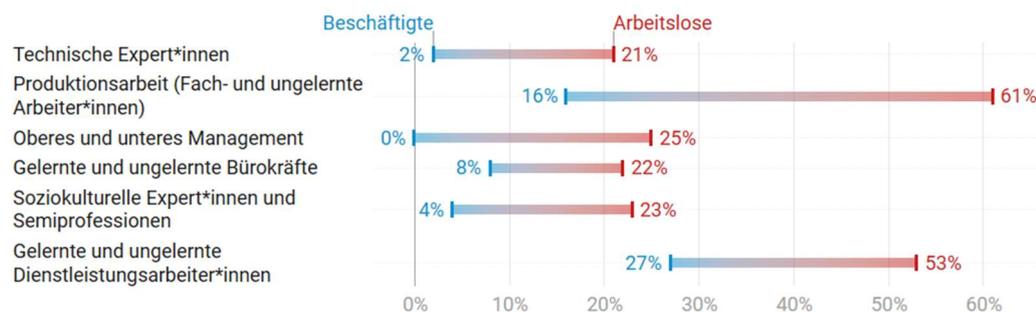
Sich keinen Urlaub leisten zu können oder größere Ausgaben auf später aufzuschieben erscheint vielen Menschen womöglich als vertretbare finanzielle Einsparung. Freund*innen nicht mehr zu sich einladen zu können, bei Bedarf keine neue Kleidung kaufen können oder die Wohnung im Winter nicht warm zu halten bzw. in Mietrückstand zu geraten zeigt jedoch das Ausmaß materieller und auch sozialer Einschnitte, mit denen es Arbeitslose hierzulande zu tun

¹⁵ Die Indikatoren (mit Ausnahme des letzten Indikators „in den kommenden 6 Monaten die Miete zu bezahlen“) entstammen der europäischen und in Österreich von der Statistik Austria durchgeführten Haushaltsbefragung EU-SILC (Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen) und messen dort (erhebliche) materielle und soziale Deprivation.

haben. Fasst man die oben dargestellten sieben Indikatoren zusammen, dann können sich 47% aller Arbeitslosen mindestens vier davon nicht leisten. Hochgerechnet waren das im Juni 2021 rund 135.000 Menschen. Die Armut im Sinn der finanziellen Deprivation liegt unter Arbeitslosen damit 3,5-mal so hoch wie unter unselbständig Beschäftigten (13,1%).

Die niedrige Nettoersatzrate ist dabei nur eine Seite der Medaille. Will man den Ursachen für die erhöhte Armutsgefährdung von Arbeitslosen auf den Grund gehen, muss man den Blick auf den Arbeitsmarkt und den Umstand ausweiten, dass manche Beschäftigtengruppen bereits während ihrer Erwerbstätigkeit so wenig verdienen, dass sie als armutsgefährdet gelten („Working Poor“). Somit hängt die Höhe der Armutsgefährdung in der Arbeitslosigkeit ursächlich mit der Beschäftigung *vor der Arbeitslosigkeit* zusammen. Zwei Erwerbsklassen stechen dabei besonders heraus: Produktionsarbeiterinnen und -arbeiter sowie Dienstleistungsarbeiterinnen und -arbeiter.

Abbildung 7: Armutsgefährdungsquote nach Erwerbsklassen – Vergleich Arbeitslose und unselbständig Beschäftigte



n=1.127 Arbeitslose und n=605 unselbständig Beschäftigte

Während Arbeitslose, die zuvor in akademischen oder Berufen mit höheren Fachausbildungen arbeiteten (Technische Expert*innen, Managementberufe, soziokulturelle Expert*innen) zwar auch einen Anstieg ihrer Armutsgefährdung in der Arbeitslosigkeit erleben, bleibt die Betroffenheit bei einem Anteil von maximal einem Viertel. D.h. drei Viertel von ihnen können sich die meisten Dinge wie z.B. einen einwöchigen Urlaub, Essenseinladungen an Freund*innen oder neue Kleidung auch in der Arbeitslosigkeit weiterhin leisten. Dasselbe gilt für Bürokräfte wie z.B. Finanzfachkräfte oder Sekretär*innen. Nicht mehr armutsfest ist das Arbeitslosengeld hingegen für die Mehrheit der Produktions- und Dienstleistungsarbeiterinnen und -arbeiter. Monteur*innen, Handwerker*innen, Logistikmitarbeiter*innen und Hilfsarbeiter*innen erleben die Arbeitslosigkeit ebenso wie Kinderbetreuer*innen, Kellner*innen, Friseur*innen, Pflegebeschäftigte oder Supermarktangestellte mehrheitlich als existenzbedrohend. Während in der Produktionsarbeit vorwiegend Männer arbeiten, werden viele Dienstleistungsberufe, insbesondere im körpernahen Bereich, von Frauen ausgeübt. Mehr als acht von zehn der Arbeitslosen in diesen beiden Erwerbsklassen könnte keine größere Ausgabe

über 1.200 Euro begleichen, die Hälfte kann sich keine neue Kleidung leisten, ein Fünftel bezweifelt, in sechs Monaten noch die Miete bezahlen zu können. Nicht nur, dass Menschen in diesen beiden Erwerbsklassen häufiger ihre Arbeit verloren haben, sie sind im Schnitt auch länger arbeitslos. Aber Langzeitarbeitslosigkeit allein lässt ihre Armutsgefährdung nicht steigen. Vielmehr liegt die Ursache in den Beschäftigungsverhältnissen und Einkommenshöhen vor der Arbeitslosigkeit. Das zeigt der Blick auf aktuell Beschäftigte: 16% der Produktionsarbeiterinnen und -arbeiter sowie 27% der Dienstleistungsarbeiterinnen und -arbeiter gelten derzeit trotz Erwerbstätigkeit als arm, können es sich also trotz Arbeit z.B. nicht leisten, Urlaub zu machen, Freund*innen einzuladen oder größere Ausgaben zu begleichen. Befristete, geringfügige und Leiharbeitsverhältnisse ermöglichen diesen Menschen nicht, Geld anzusparen und langfristig zu planen. Das Einkommen reicht für sie schon vor der Arbeitslosigkeit oft nur knapp zur Begleichung aller offenen Rechnungen. In der Arbeitslosigkeit aber reicht es gar nicht mehr. Mehr als ein Fünftel der ehemaligen Produktions- und Dienstleistungsarbeiterinnen und -arbeiter muss in der Arbeitslosigkeit Rechnungen aufschieben, ein Viertel borgt sich Geld im Familien- und Bekanntenkreis, genauso viele überziehen bereits ihr Bankkonto und verschulden sich damit.

Laut jüngstem Schuldenreport blieb Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2020 der Hauptgrund für private Verschuldungen in Österreich. Fast vier von zehn Klient*innen der Schuldenberatung waren demnach arbeitslos (ASB 2021, 4). Die Frage des materiellen Überlebens wird damit für viele Arbeitslose zur existenziellen Dauerbelastung, insbesondere wenn die Armutsgefährdung hoch liegt oder steigt. Hierin zeigt sich eine historische Kontinuität bis zurück zur Einführung der österreichischen Arbeitslosenversicherung im Jahre 1920. Auch wenn Österreich das dritte europäische Land war, das eine Arbeitslosenversicherung in dieser Form beschloss, waren die Zugangsvoraussetzungen und die Höhe des Arbeitslosengeldes seit jeher restriktiv und umstritten. Damals erhielten Arbeitslose für längstens zwölf Wochen Arbeitslosengeld in der Höhe von zumeist 60 Prozent ihres letzten Lohns. In vielen Fällen schützte dies nicht vor Armut und Mangel wie z.B. in der bekannten Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ eindrücklich geschildert wurde (Jahoda et al. 1975). 100 Jahre nach Einführung der Arbeitslosenversicherung hat die COVID-19-Pandemie die Arbeitslosigkeit in Österreich dramatisch steigen lassen. Für viele Betroffene bedeutet dies auch heute noch spürbare finanzielle Belastungen, eine Erhöhung des Armutsrisikos sowie erhebliche Anstrengungen, um den Alltag aufrecht zu erhalten. Dies hat wiederum unmittelbare Auswirkungen auf andere Lebensbereiche, wie die folgenden Kapitel zeigen werden.

2 Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf den Lebensalltag und die psychische Gesundheit

Erwerbsarbeit ist für Menschen mehr als reines Mittel zum Gelderwerb. Darauf hat die Arbeitspsychologie schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert hingewiesen, am prominentesten die österreichische Sozialpsychologin Marie Jahoda. Neben der manifesten Funktion von Arbeit (Gelderwerb) sah sie in fünf Dimensionen auch latente Funktionen: (1) Arbeit strukturiert dauerhaft unsere Zeit, (2) sie ermöglicht uns, über die eigene Familie hinausgehend soziale Kontakte zu knüpfen, (3) sie bindet uns in eine kollektive Zweck- und Sinnstruktur ein, (4) sie bestimmt unseren Platz in der Gesellschaft und im sozialen Umfeld und (5) sie aktiviert uns zu einer regelmäßigen Betätigung (Jahoda, 1997). Die durch Arbeitslosigkeit entstehende „freie Zeit“ wird auf diese Art *„nicht Freizeit, sie ist eine ungeheure seelische Belastung, die den Menschen nur zeigt, dass sie nicht gebraucht werden, dass sie mit ihrer Zeit nichts tun können, das irgendeinen Wert hat, die die Menschen dazu zwingt, sich als Ausgestoßene von der gesamten Gesellschaft zu fühlen“*, so Marie Jahoda in einem Fernsehinterview 1983^{16,17}.

Um nicht nur den in Kapitel 1 dargestellten Wegfall der manifesten Funktion von Erwerbsarbeit, sondern auch die psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit zu illustrieren, wurde den Befragten – und zwar sowohl Arbeitslosen als auch Beschäftigten – eine Kurzversion der auf Jahodas Überlegungen basierenden „Latent and Manifest Benefits of Work“ (LAMB)-Skala¹⁸ vorgelesen. Die Ergebnisse zeigen in allen Dimensionen die stark negativen Folgen von Arbeitslosigkeit.

Besonders erdrückend für Betroffene sind zunächst die Auswirkungen des geringen Arbeitslosengeldes: 80% der Arbeitslosen werden dadurch in ihrem Lebensalltag stark eingeschränkt („die Dinge tun, die ich will“), und die Hälfte kann aufgrund des Wegfalls ihres Einkommens soziale Kontakte nicht mehr so häufig pflegen, wie sie es eigentlich gerne möchte. Diese Antworten setzen die Ergebnisse zur Armutgefährdung und oft mühevollen Existenzsicherung von Arbeitslosen fort. Der Lebensalltag von Arbeitslosen wird durch das knappe Geld eingengt, die Konsumgewohnheiten müssen umgestellt werden, Treffen und Fortgehen im Bekanntenkreis sind irgendwann kaum leistbar.

¹⁶ Zitiert nach: https://studlib.de/10693/betrieb_management/arbeitslosigkeit_krank

¹⁷ In diesem Zusammenhang zeigen erste Ergebnisse der Begleitforschung zum vom AMS NÖ initiierten "Modellprojekt Arbeitsplatzgarantie Marienthal" (MAGMA), bei dem langzeitarbeitslose Personen der niederösterreichischen Gemeinde Gramatneusiedl im Rahmen einer Beschäftigungsgarantie eine geförderte Beschäftigung ermöglicht bekommen, positive Effekte auf soziale Inklusion, Wohlbefinden und die Gesundheit der Betroffenen (Kasy/Lehner 2021) (vgl. dazu: <https://www.socialscienceregistry.org/trials/6706>)

¹⁸ Die Skala geht auf Vorarbeiten von Muller et al. aus 2005 zurück. In der damaligen Version beinhaltete die Skala noch 36 Items. Kovacs et al. entwickelten daraufhin 2019 eine gekürzte Version, die nur noch 18 Items beinhaltete, jedoch dieselben latenten und manifesten Dimensionen erfasste. Die in der vorliegenden Befragung eingesetzte Version wurde aus Zeitgründen nochmals auf 12 Items gekürzt (vgl. dazu auch: Muller et al. 2013; Coutts 2009). Eine Faktorenanalyse für sämtliche Daten (Beschäftigte und Arbeitslose) weist anstelle der ursprünglichen sechs lediglich drei Dimensionen nach. Eine separate Faktorenanalyse für lediglich die Daten von Arbeitslosen ergibt eine vier-faktorielle Lösung.

Beschäftigte haben in der Regel eine fixe Tagesstruktur zwischen bezahlter Arbeit, unbezahlter Arbeit und Freizeit. Der Tag strukturiert sich entlang des Anfangs und Endes der Erwerbsarbeitszeit. Durch den Entfall einer solchen Tagesstruktur haben mehr als 40% der Arbeitslosen nun das Gefühl, ihre Tage seien nicht mehr gut organisiert – unter Beschäftigten sind es nur 16%. Interessanterweise ist das Stresserleben (mit Dingen nicht mehr hinterherkommen) jedoch ca. gleich weit verbreitet wie unter Beschäftigten.

Der vormals berufliche Alltag mit all seinen Anforderungen und Aufgaben wird in der Arbeitslosigkeit zur freien Zeit. Das heißt aber nicht, dass Arbeitslose inaktiv sind. Nur 37% der Arbeitslosen geben an, „oft nichts zu tun zu haben“. Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen, die Suche nach Jobs und Bewerbungen, AMS-Termine, mitunter Kinderbetreuung und Haushaltsführung – Arbeitslose übernehmen eine Reihe von Aufgaben, und teilweise erfordert die Neuorganisation des Alltags von ihnen viel ab. Jene, deren Alltag oft von „Nichtstun“ geprägt ist, empfinden dieses nicht als Freizeit, sondern als „*ungeheure seelische Belastung*“ (Marie Jahoda, siehe oben): Fast jede oder jeder Dritte von ihnen hat mehrmals die Woche depressive Gedanken und mehr als ein Viertel leidet unter unkontrollierbaren Sorgen, Nervosität und Ängstlichkeit.

Kaum Unterschiede zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten zeigen sich erfreulicherweise in Bezug auf die Wertschätzung im Freundeskreis. Nur 8% der Arbeitslosen haben das Gefühl, ihre Freund*innen schätzen ihre Gesellschaft nicht. 84% berichten, nach wie vor wichtig für ihre Freund*innen zu sein. Gerade soziale Netzwerke stellen für Arbeitslose eine wichtige Ressource dar, zum einen für die psychische Gesundheit, zum anderen um praktische Unterstützung in schwierigen Lebenslagen zu erhalten. Auch bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung können private Beziehungen und Bekanntschaften unterstützend wirken. Allerdings sind die Möglichkeiten auf neue Bekanntschaften eingeschränkt – ein Drittel aller Arbeitslosen sagt, sie lernen nun „selten neue Leute kennen“.

Besonders gravierend ist der Verlust von Sinn und Nützlichkeit in der Arbeitslosigkeit. Nur noch 41% aller Arbeitslosen haben das Gefühl, sie seien ein wertvoller Teil der Gesellschaft, 37% haben nicht mehr den Eindruck, sie würden einen sinnvollen Beitrag zur Gesellschaft leisten. Dies zeigt, wie stark das Selbstwertgefühl von Menschen heutzutage an Erwerbsarbeit geknüpft ist – und zwar nicht nur an die konkreten beruflichen Aufgaben, sondern grundsätzlich daran, Arbeit zu haben. Unter Arbeitslosen sinkt der Selbstwert, gleichzeitig steigt das Gefühl der Scham und Exklusion. Von jenen knapp 60% aller Arbeitslosen, die sich nicht mehr als wertvollen Teil der Gesellschaft sehen, schämt sich knapp die Hälfte für ihre Arbeitslosigkeit und versucht zu verheimlichen, dass sie arbeitslos sind. Ein Viertel von ihnen hat nicht mehr das Gefühl, ihren Freund*innen wichtig zu sein.

Tabelle 3: LAMB-Skala (Latent and Manifest Benefits of Work) bei Arbeitslosen und Beschäftigten

	Beschäftigte	Arbeitslose	Langzeitarbeitslose
Geldwerb (manifeste Funktion)			
Mein Einkommen erlaubt mir normalerweise die Dinge zu tun, die ich will	59%	20%	8%
Mein Einkommen erlaubt es mir in der Regel nicht, so oft soziale Kontakte zu pflegen, wie ich es möchte	16%	48%	60%
Zeitstruktur (latente Funktion)			
Meine Tage sind normalerweise gut organisiert	84%	57%	51%
Ich komme selten mit den Dingen hinterher, die ich tun muss	25%	23%	25%
Regelmäßige Tätigkeit und Aktivität (latente Funktion)			
Normalerweise gibt es an meinem Tag nicht genug Freizeit	48%	26%	22%
Ich habe oft nichts zu tun	5%	37%	40%
Sozialer Status (latente Funktion)			
Meine Freunde schätzen selten meine Gesellschaft	6%	8%	12%
Für meine Freunde bin ich in der Regel wichtig	88%	84%	82%
Soziale Kontakte (latente Funktion)			
Ich lerne selten neue Menschen kennen	18%	34%	34%
Ich habe normalerweise viele Gelegenheiten, mich mit Leuten zu treffen	58%	51%	45%
Teilhabe an kollektiven Zielen (latente Funktion)			
Ich fühle mich oft als wertvoller Teil der Gesellschaft	68%	41%	31%
Ich habe selten das Gefühl, dass ich einen sinnvollen Beitrag zur Gesellschaft leiste	14%	37%	45%

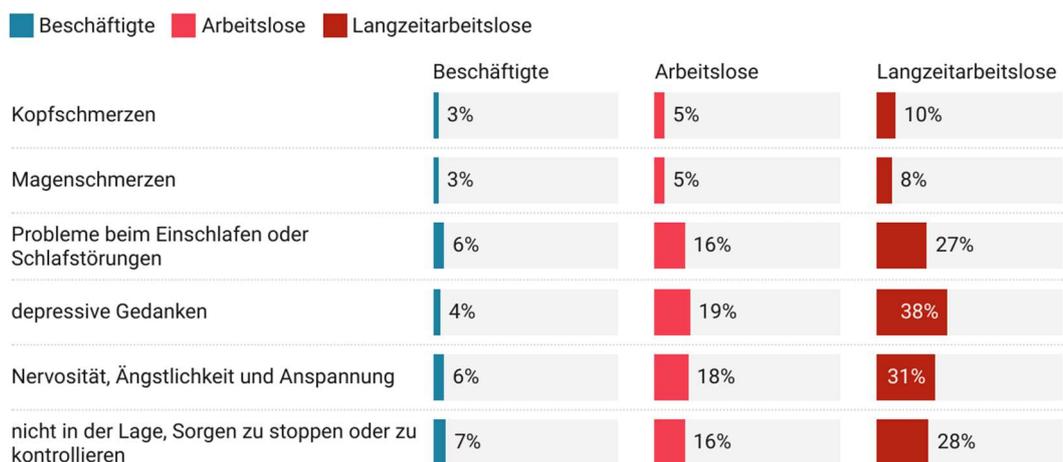
n=629 Beschäftigte und 1.215 Arbeitslose (davon 332 Langzeitarbeitslose)

Noch negativer fallen die einzelnen Werte unter Langzeitarbeitslosen aus. Während 59% aller Beschäftigten sagen, ihr Einkommen erlaube es ihnen, Dinge zu tun, die sie wollen, sind es unter Langzeitarbeitslosen nur noch 8%. 60% der Langzeitarbeitslosen können aufgrund der Armutsgefährdung ihre sozialen Kontakte nicht mehr pflegen. Der Zerfall des Alltags wird mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit ebenfalls immer belastender – der Hälfte aller Langzeitarbeitslosen fehlt es an einem geregelten Tagesablauf, und 40% berichten, oft nichts mehr zu tun zu haben. Ein Fünftel nimmt nach einem Jahr Arbeitslosigkeit nicht mehr wahr, für ihre Freund*innen wichtig zu sein. Auch das Selbstwertgefühl leidet stark: Knapp 70% fühlen sich nicht mehr als wertvoller Teil der Gesellschaft, und 45% haben nicht das Gefühl, einen sinnvollen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten.

All diese Belastungen, Einschnitte und Kränkungen führen dazu, dass Arbeitslose ein stark erhöhtes Gesundheitsrisiko aufweisen. Vor allem die psychische Gesundheit leidet unter dem Wegfall der manifesten und latenten Funktionen von Erwerbsarbeit. Während sich die psychosomatischen und depressiven

Beschwerden bei Beschäftigten jeweils im einstelligen Bereich bewegen, steigen sie bei Arbeitslosen auf bis das Fünffache an. Vor allem depressive Gedanken (19%), Nervosität (18%) und Schlafstörungen (16%) sowie unkontrollierbare Sorgen (16%) sind unter Arbeitslosen weiter verbreitet. Mit 28% hat mehr als jede oder jeder vierte Arbeitslose mindestens eine dieser psychosomatischen Beschwerden an mehr als der Hälfte aller Tage pro Woche.

Tabelle 4: Psychosomatische Beschwerden an mehr als der Hälfte aller Tage in der Woche



n=629 Beschäftigte und 1.215 Arbeitslose (davon 332 Langzeitarbeitslose)

Mehrere Studien verweisen auf einen linearen Anstieg der psychischen Probleme mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit (Hollederer 2009, Kroll & Lampert 2012). Auch die vorliegende Befragung zeigt sehr eindrücklich, wie schlecht es Langzeitarbeitslosen nach mehr als zwölf Monaten Arbeitslosigkeit geht. Kopf- und Magenschmerzen treten nun zwei- bis drei Mal so häufig auf, vor allem aber sind es Symptome im Kontext von Depression und Angst sowie Schlafstörungen, die zunehmen. 38% leiden mehrmals die Woche unter depressiven Gedanken, 31% unter Nervosität und Ängstlichkeit, 28% unter unkontrollierbaren Sorgen und 27% unter Einschlafproblemen. Fast die Hälfte (46%) aller Langzeitarbeitslosen leidet unter mindestens einem dieser vier Symptome, mehr als jede*r zehnte sogar unter allen vier.

Auch diese gesundheitlichen Probleme führen dazu, dass Langzeitarbeitslose oftmals nicht mehr zu Bewerbungsverfahren eingeladen oder von Betrieben nicht aufgenommen werden. Besonders beklemmend ist, dass immer noch 36% aller Langzeitarbeitslosen glauben, wer sich nur hart genug anstrengt, sei auch erfolgreich im Leben. Diese meritokratische Illusion, dass die Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft ausschließlich entlang der Leistung verteilt sind, führt bei ihnen zum Gefühl, selbst schuld zu sein, zeigt aber auch die Hilflosigkeit, die eigene Lebenssituation verändern zu können. 80% aller Langzeitarbeitslosen schätzen ihre eigenen Einflussmöglichkeiten darauf, einen neuen Job zu finden, als gering ein.

3 Gründe für die Arbeitslosigkeit und Strategien zur Jobsuche

Wenn Arbeitslose frühmorgens in den Nachrichten und Kommentaren von sich lesen, dann kämpfen sie oft mit dem an sie gerichteten Vorwurf der Selbstverschuldung. Die Politik ist mittlerweile weit weggerückt von der ursprünglichen Vorstellung von Arbeitslosen als Leidtragende von Rationalisierungs- oder Automatisierungsprozessen (siehe Einleitung). Stattdessen wird in Kommentaren und Parlamentsdebatten ein diffuser Leistungsbegriff bemüht, der die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen selbst zuschreibt, die Verantwortung der Politik, Betriebe und Arbeitgeber*innen aber nicht anspricht.

Auch wenn die Frage der Schuld und Unschuld in Bezug auf Arbeitslosigkeit oft vor dem Hintergrund der individuellen Anstrengungen zur Jobsuche aufgeworfen wird (dazu später in diesem Kapitel), würde der Vorwurf der „Freiwilligkeit von Arbeitslosigkeit“ – konsequent zu Ende gedacht – ja bedeuten, dass die Mehrheit der Arbeitslosen ihr Schicksal selbst wählen, also auch freiwillig und von sich aus kündigen und arbeitslos werden. Dies ist jedoch nachweislich falsch.

Fakt Nummer 1: Arbeitslose sind nicht auf eigenen Wunsch arbeitslos.

- Von 100 Arbeitslosen sagen nur 4, dass sie auf eigenen Wunsch im Zuge einer einvernehmlichen Kündigung arbeitslos geworden sind, und nur 8 haben selbst ihre Arbeit gekündigt oder ihre selbständige Tätigkeit aufgegeben.

Fakt Nummer 2: Die meisten Arbeitslosen sind aufgrund ihres ehemaligen Betriebes arbeitslos.

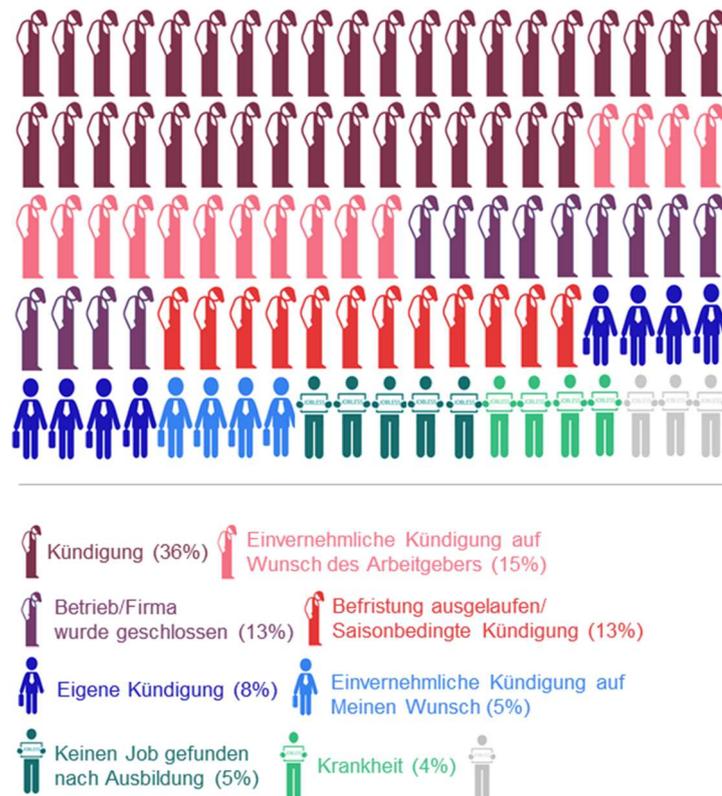
- 36% aller Arbeitslosen wurden entlassen, 15% sagen, es sei eine einvernehmliche Kündigung auf Wunsch des Arbeitgebers ausgesprochen worden, und bei 13% wurde der Betrieb geschlossen. Hinzu kommen weitere 13%, bei denen eine Befristung ausgelaufen ist oder die saisonbedingt gekündigt wurden. Zusammengerechnet sind dies 77% bzw. drei aus vier Arbeitslosen, die aufgrund betrieblicher Umstände außerhalb ihres Einflussbereiches arbeitslos geworden sind.

Fakt Nummer 3: Arbeitslose, die von sich aus und „freiwillig“ gekündigt haben, sind zumeist beruflich und finanziell bessergestellt.

- Dies zeigt sich zum Beispiel am engen Zusammenhang zwischen den Gründen für die Arbeitslosigkeit und der höchsten Ausbildung. Demnach wurden mehr als 80% aller Betroffenen mit maximal Lehrabschluss von ihrem Betrieb gekündigt, weniger als 10% haben von sich aus den Job aufgegeben. Unter Akademiker*innen hat hingegen mehr als die Hälfte al-

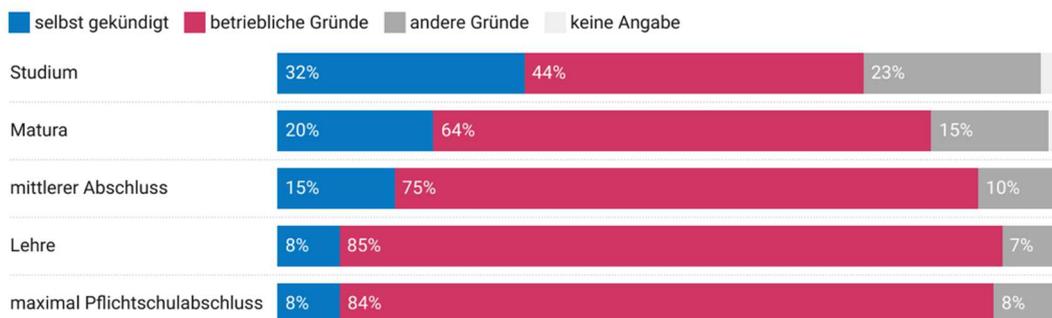
ler Arbeitslosen entweder selbst gekündigt oder nennt andere Gründe wie z.B. dass sie nach Ende ihrer Ausbildung keinen Job gefunden hätten. Diese Unterschiede spiegeln sich auch zwischen den Erwerbsklassen. 42% aller ehemaligen Beschäftigten in einer Managementposition haben selbst gekündigt, während z.B. 84% aller Produktionsarbeiter*innen und 88% aller Dienstleistungsarbeiter*innen von ihrem Betrieb entlassen wurden.

Abbildung 8: Ausschlaggebender Grund für die Arbeitslosigkeit



n=1.215 Arbeitslose

Abbildung 9: Ausschlaggebender Grund für die Arbeitslosigkeit nach höchstem Ausbildungsniveau

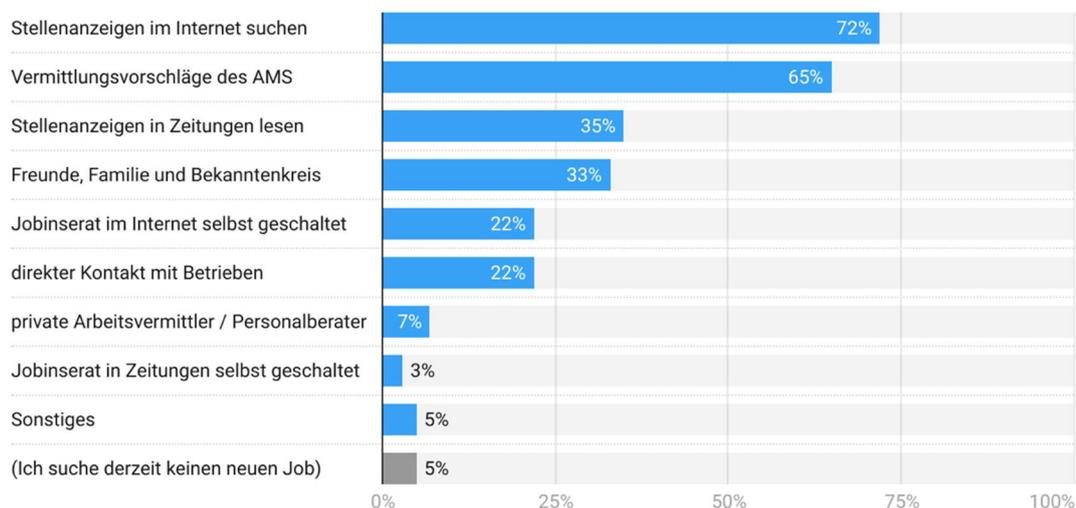


n=1.215 Arbeitslose

Während die Frage der Schuld bzw. Unschuld für Arbeitslosigkeit also mit Verweis auf fast 90% aller Arbeitslosen, die zumeist vom Betrieb entlassen wurden oder aus anderen Gründen wie z.B. Krankheit arbeitslos geworden sind, eindeutig beantwortet werden kann, steht immer wieder auch der Vorwurf der Untätigkeit in Bezug auf die Jobsuche im Raum. Das mediale Bild der Arbeitslosen, die es sich in der sozialen Hängematte gemütlich gemacht hätten und sich nicht mehr nach neuen Jobs umsehen, wird dabei nicht mehr nur von Politiker*innen regelmäßig gezeichnet, sondern auch von institutionellen Vertreter*innen im Kontext der Arbeitsmarktpolitik (Globisch/Madlung 2017). Dass 41% aller Menschen in Österreich glauben, die meisten Arbeitslosen würden „*nicht wirklich versuchen, einen Job zu finden*“ während nur 35% dieser Aussage explizit nicht zustimmen¹⁹, zeigt auch, wie verbreitet die stereotype Vorstellung von Arbeitslosen als „faul“ in der Bevölkerung mittlerweile ist. Dabei zeigen die vorliegenden Daten, dass 95% aller Arbeitslosen derzeit aktiv auf Jobsuche sind und dafür in der Regel mehrere unterschiedliche Strategien anwenden.

Zu den häufigsten Aktivitäten im Rahmen der Jobsuche zählen die Recherche von Stellenanzeigen im Internet (72%) und/oder in Zeitungen (35%), Vermittlungsvorschläge des AMS (65%), eigene Jobinserate im Internet (22%) sowie informelle Kontakte im Bekanntenkreis (33%) oder Initiativbewerbungen bei Betrieben (22%). Nur 5% sagen, sie suchen derzeit gar nicht nach einer neuen Arbeit – ein Teil davon deshalb, weil sie erkrankt sind.

Abbildung 10: Suchstrategien der Arbeitslosen



n=1.215 Arbeitslose

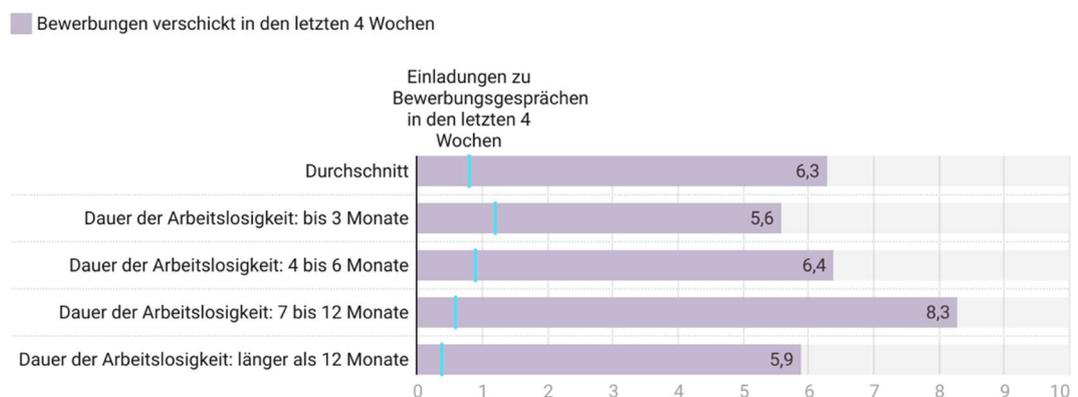
Jene 95% aller Arbeitslosen, die derzeit einen neuen Job suchen, tun dies auf im Schnitt 2,7 unterschiedliche Arten und Weisen. Während 19% eine Suchstrategie anwenden, sucht ca. die Hälfte auf zwei oder drei Wegen und jede*r Vierte sogar auf vier bis acht Wegen.

¹⁹ Quelle: European Social Survey Round 8, 2016, Eigenauswertungen.

Die umfassenden Anstrengungen zur Jobsuche werden von den meisten Arbeitslosen trotz pessimistischer Aussichten weiterhin aufrecht gehalten. Die eigenen Einflussmöglichkeiten darauf, einen Job zu finden, werden nämlich von nur 37% der Arbeitslosen als sehr oder ziemlich groß eingeschätzt. 61% haben das Gefühl, kaum Einfluss darauf zu haben, bald eine neue Arbeitsstelle zu finden, unter Langzeitarbeitslosen sind es 80% (vgl. Kapitel 2).

Die hohe Aktivität spiegelt sich auch in der Anzahl an Bewerbungen, die in den letzten vier Wochen vor der Befragung verschickt wurden. Im Schnitt haben Arbeitslose sechs Bewerbungen im Monat verschickt, die Spannweite reicht jedoch bis zu 30 Bewerbungen. 17% aller Arbeitslosen geben an, gar keine Bewerbungen verschickt zu haben – zumeist, weil sie erst seit kurzem arbeitslos sind oder derzeit keine Arbeit suchen. Dass Langzeitarbeitslose besonders inaktiv seien, kann ebenfalls widerlegt werden: 85% aller Arbeitslosen, die schon seit mehr als einem Jahr arbeitslos sind, versenden nach wie vor im Monat durchschnittlich sechs Bewerbungen. Allerdings werden Langzeitarbeitslose am seltensten zu Bewerbungsgesprächen eingeladen. Insgesamt werden Arbeitslose im Schnitt nur ein Mal pro Monat zu Bewerbungsgesprächen eingeladen, d.h. auf sechs Bewerbungen folgt eine Einladung.

Abbildung 11: Durchschnittliche Anzahl an Bewerbungen und Einladungen zu Bewerbungsgesprächen in den letzten 4 Wochen



n=902 Arbeitslose, die in den letzten 4 Wochen zumindest eine Bewerbung verschickt haben.

4 Diskriminierungserfahrungen und Erfahrungen mit Vorurteilen

Arbeitslosigkeit resultiert grundlegend aus einem Mangel an Arbeitsplätzen, der wiederum aus entweder saisonalen, strukturellen oder konjunkturellen Schwankungen der Wirtschaft hervorgeht. Dass aber der Diskurs über Arbeitslose in den letzten Jahrzehnten die Eigenverantwortung – oft im Sinne einer Selbstverschuldung – so vehement überbetont, ist ebenso wie die Tatsache, dass Arbeitslose in der Öffentlichkeit selbst kaum zu Wort kommen, dafür verantwortlich, dass diese Ursachen für Arbeitslosigkeit kollektiv ausgeblendet werden. Wenn nämlich Arbeitslosigkeit und erfolglose Jobsuche von Medien und Politik als individuelles Scheitern der Betroffenen selbst umgedeutet und kommuniziert werden, dann bleiben die betrieblichen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen unausgesprochen. Einen Job zu verlieren oder keinen neuen Job zu finden wird dann Arbeitslosen als eigene Schuld ausgelegt.

Hierbei spielt auch die Diskriminierung bzw. Ungleichbehandlung bestimmter Bevölkerungsgruppen und die Diskriminierung von Arbeitslosen selbst eine entscheidende Rolle. Denn sie trägt wesentlich dazu dabei, welche Menschen ihre Arbeit verlieren bzw. welche Arbeitslosen trotz umfassender Anstrengungen nicht einmal zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden.

Sichtbar wird dies zum Beispiel an der in Abbildung 11 angestellten Gegenüberstellung der Anzahl an Bewerbungen und der Anzahl an Einladungen zu Bewerbungsgesprächen in den letzten vier Wochen. Im Schnitt erhielten Arbeitslose eine Einladung pro sechs Bewerbungen. Das Verhältnis von versendeten Bewerbungen und Einladungen zu Vorstellungsgesprächen liegt also bei $1/6 = 0,17$. In manchen Gruppen liegen die Chancen jedoch deutlich niedriger, das heißt sie haben mehr Bewerbungen verschickt und/oder weniger Einladungen zur Bewerbungsgesprächen erhalten. Dazu zählen zunächst Frauen, ältere Arbeitslose über 40, Menschen, die sich weiter unten in der Gesellschaft sehen und Arbeitslose mit maximal Pflichtschul- oder Lehrabschluss. Welch große Rolle die Qualifikation spielt, zeigt sich auch anhand der Unterschiede zwischen den Erwerbsklassen: Während (halb-)akademische technische Berufe im Schnitt vier und (halb-)akademische soziokulturelle sowie Management-Berufe drei Einladungen pro 10 Bewerbungen erhalten, sind es unter einfachen Bürokräften nur zwei, unter Produktions- sowie Dienstleistungsarbeiter*innen nur noch eine positive Rückmeldung. Hervor sticht außerdem: Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto geringer werden die Chancen auf eine Einladung zu Bewerbungsgesprächen (vgl. Nüß 2018). Bereits nach sechs Monaten müssen Arbeitslose im Schnitt 14 Bewerbungen versenden, um eine Einladung zu einem Bewerbungsgespräch zu erhalten.

Tabelle 5: Verhältnis zwischen Anzahl an Bewerbungen und Anzahl an Einladungen zu Vorstellungsgesprächen in den letzten 4 Wochen nach Gruppen

		Verhältnis Bewerbungen vs. Vorstellungsgespräche	Anzahl an Einladungen pro 10 Bewerbungen
Geschlecht	Männer	0,19	2
	Frauen	0,13	1
Alter	bis 29 Jahre	0,19	2
	30 bis 40 Jahre	0,23	2
	41 bis 50 Jahre	0,12	1
	51 Jahre und älter	0,09	1
Höchster Bildungsabschluss	maximal Pflichtschulabschluss	0,09	1
	Lehre	0,13	1
	BMS	0,18	2
	Matura	0,26	3
	Studium	0,38	4
Subjektive soziale Stellung	unten	0,09	1
	Mitte	0,20	2
	oben	0,20	2
Erwerbsklassen	Technische Expert*innen und Fachleute	0,42	4
	Produktionsarbeiter*innen (Fach- und ungelernte Arbeiter)	0,11	1
	Oberes und unteres Management	0,31	3
	Gelernte und ungelernte Bürokräfte	0,17	2
	Soziokulturelle Expert*innen und Semiprofessionen	0,33	3
	Gelernte und ungelernte Dienstleistende	0,10	1
Dauer der Arbeitslosigkeit	bis 3 Monate	0,29	3
	4 bis 6 Monate	0,17	2
	7 bis 12 Monate	0,08	1
	länger als 12 Monate	0,07	1

n=902 Arbeitslose, die in den letzten 4 Wochen zumindest eine Bewerbung verschickt haben.

Auch eine lineare Regressionsanalyse zeigt statistisch signifikant niedrigere Chancen auf eine Einladung zu einem Bewerbungsgespräch für Frauen, ältere Arbeitslose, Arbeitslose mit maximal Lehrabschluss sowie in weiterer Folge für (ehemalige) Produktionsarbeiterinnen und -arbeiter, einfache Bürokräfte sowie Dienstleistungsarbeiterinnen und -arbeiter. Interessanterweise hat die Anzahl an unterschiedlichen Suchstrategien keinen Einfluss auf das Verhältnis von Bewerbungen vs. Einladungen zu einem Vorstellungsgespräch.

Ob es sich bei diesen Ergebnissen tatsächlich um diskriminierendes Verhalten seitens der Betriebe und Arbeitgeber*innen gegenüber bestimmten Bewerber*innen handelt, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Die sozialwissenschaftliche Diskriminierungsforschung unterscheidet hierbei zwi-

schen realen Diskriminierungen, die sich statistisch jedoch nur schwer nachweisen lassen, und subjektiv erlebten Diskriminierungserfahrungen von Betroffenen. Man kann davon ausgehen, dass nicht jede erlebte Diskriminierung einer tatsächlichen Diskriminierung z.B. im juristischen Sinn entspricht (die gesetzliche Beschränkung auf einzelne Diskriminierungsmerkmale und -bereiche schließt dies bereits aus). Hinzu kommt, dass das, was Menschen als diskriminierend erleben, oft auch mit den eigenen Toleranzniveaus sowie biografischen Erfahrungen zusammenhängt, also individuell sehr unterschiedlich sein kann. Gleichzeitig kann man unter Verweis auf das Thomas-Theorem²⁰ festhalten: Diskriminierung entsteht immer in der Perspektive der Opfer, denn sie sind es auch, die mit den Folgen umgehen müssen.

In der vorliegenden Befragung erlebten 23% der Arbeitslosen laut eigenen Angaben Diskriminierung bei Bewerbungen auf neue Arbeitsstellen, rund jede oder jeder Siebte fühlte sich im letzten Job oder in der Beratung beim AMS diskriminiert, und jede oder jeder Zehnte sagt, er oder sie wurde im Zuge einer Diskriminierung gekündigt.

Abbildung 12: Diskriminierungserfahrungen von Arbeitslosen



n=1.215 Arbeitslose

35% der Arbeitslosen berichten, sich in letzter Zeit in mindestens einem von vier abgefragten Bereichen des Arbeitskontextes diskriminiert gefühlt zu haben, ein Drittel davon in zwei oder mehr Bereichen. Zum Vergleich: Unter Beschäftigten fühlten sich 16% schon einmal in ihrem derzeitigen Job diskriminiert. Die Diskriminierungserfahrungen von Arbeitslosen sind damit nicht nur höher, sondern auch weitreichender.

Manche Gruppen erleben dabei deutlich häufiger Diskriminierung. Besonders auffällig sind zunächst die Diskriminierungserfahrungen von älteren Arbeitslosen, sowohl in der Beratung beim AMS als auch bei Bewerbungen auf neue Stellen. Über 50-jährige berichten mehr als drei Mal so häufig von Diskriminierung bei Bewerbungen als jüngere Arbeitslose unter 30. Niedrigqualifizierte Arbeitslose mit maximal Pflichtschulabschluss berichten in allen vier Berei-

²⁰ „Wenn die Menschen Situationen als real definieren, dann sind sie in ihren Folgen real.“

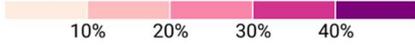
chen häufiger von Diskriminierungserfahrungen, besonders hoch liegt der Anteil im letzten Job sowie bei Bewerbungen auf neue Stellen. Arbeitslose mit türkischem oder ex-jugoslawischem Migrationshintergrund sowie aus Drittstaaten außerhalb Europas erleben ebenfalls häufiger Diskriminierungen, letztere berichten aber auch schon häufiger von Diskriminierungen im letzten Job.

Solch Ungleich- und Schlechterbehandlungen halten bestimmte Gruppen davon ab, im gleichen Maße am alltäglichen Leben teilzunehmen wie der Großteil der Gesellschaft. Vor allem die Zugangsdiskriminierung, d.i. die Diskriminierung beim Zugang zu Bildung, Arbeit, Gütern oder Dienstleistungen, trifft sozial und finanziell schlechter gestellte Gruppen nicht nur häufiger, sondern hält sie auch in ihrer oftmals prekären Lage fest, weil ihnen der Aufstieg kontinuierlich versagt wird. Ihre Partizipationsmöglichkeiten an einer guten Ausbildung, an Arbeit mit gesichertem und existenzsicherndem Einkommen, an gesunderhaltenden Arbeitsbedingungen, an leistbarem Wohnen oder einer angemessenen medizinischen Versorgung werden strukturell und dauerhaft eingeschränkt. Mehr noch: Arbeitslose werden, je länger die Arbeitslosigkeit dauert, immer mehr von wesentlichen Teilhabemöglichkeiten ausgeschlossen. Der etwas abstrakte soziologische Begriff der „Teilhabemöglichkeiten“ beschreibt eine für Arbeitslose sehr reale, prekäre Situation der Armutgefährdung (vgl. Abbildung 6: **Indikatoren der Armut (finanzielle Deprivation)**): Sie dürften zwar theoretisch Urlaub außerhalb der Landesgrenzen machen, ihnen wird für die Dauer des Urlaubs jedoch das Arbeitslosengeld gesperrt; dabei könnten sich 75% der Arbeitslosen ohnehin keinen Urlaub leisten. Die Hälfte kann keine Freund*innen zum Abendessen einladen. Vier von zehn können sich keine neue Kleidung leisten – Kleidung, die ihnen bei Vorstellungsgesprächen möglicherweise helfen würde.

Und während Menschen aus den mittleren und oberen Etagen der Gesellschaft entweder erst gar nicht arbeitslos werden oder aber ihre Arbeitslosigkeit gut und rasch bewältigen können, wird vielen Arbeitslosen aus unteren sozialen Klassen der Weg zurück versperrt – von Betrieben und Arbeitgeber*innen und relevanten Institutionen. Dies wird insbesondere vor dem Zusammenhang zwischen Diskriminierungserfahrungen und der Dauer der Arbeitslosigkeit evident. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet jene Gruppen, die häufiger von Diskriminierungen im Bewerbungsprozess berichten (Ältere, Geringqualifizierte, Migrantinnen und Migranten), den Großteil aller Langzeitarbeitslosen ausmachen. Ein Drittel aller Arbeitslosen, die länger als 12 Monate arbeitslos sind, berichtet von Diskriminierungserfahrungen bei Bewerbungen und ein Fünftel erlebte Diskriminierung in der AMS-Beratung. Auf die Art verfestigen sich sozioökonomische Ungleichheiten. Jene Arbeitslosen, die sich selbst in der Gesellschaft unten sehen, erleben zu 40% und damit acht Mal so häufig wie Menschen, die sich oben sehen, Diskriminierungen im Bewerbungsprozess. Mehr noch: Ein Fünftel berichtet schon von Diskriminie-

rungen im letzten Job und bei der Beendigung des letzten Jobs, und 27% erleben derzeit diskriminierendes Verhalten in der AMS-Beratung – unter Arbeitslosen, die sich oben einstufen würden, sagt letzteres keine einzige Person.

Abbildung 13: Diskriminierungserfahrungen von Arbeitslosen nach Gruppen



		im letzten Job	bei der Beendigung des letzten Arbeitsverhältnisses	bei Bewerbungen	in der AMS-Beratung
Alter	bis 29 Jahre	12%	3%	11%	6%
	30 bis 40 Jahre	12%	13%	23%	13%
	41 bis 50 Jahre	13%	8%	22%	14%
	51 Jahre und älter	17%	20%	37%	19%
Höchster Bildungsabschluss	maximal Pflichtschulabschluss	21%	14%	29%	19%
	Lehre	9%	10%	24%	13%
	BMS	8%	6%	14%	4%
	Matura	7%	8%	11%	4%
	Studium	7%	5%	14%	0%
Herkunft	Österreich	11%	10%	23%	12%
	Deutschland, anderes Europa	15%	10%	14%	13%
	Osteuropa	17%	8%	10%	8%
	Ex-Jugoslawien/Türkei	13%	14%	26%	20%
	außerhalb Europas	29%	13%	37%	7%
Dauer der Arbeitslosigkeit	bis 3 Monate	13%	7%	14%	2%
	4 bis 6 Monate	8%	14%	17%	9%
	7 bis 12 Monate	13%	10%	24%	18%
	länger als 12 Monate	17%	14%	34%	22%
soziale Stellung	unten	20%	18%	40%	27%
	Mitte	8%	7%	13%	5%
	oben	9%	3%	5%	0%

n=1.215 Arbeitslose

Die bisherigen Ergebnisse haben gezeigt, welche Gruppen sich häufiger diskriminiert fühlen, sei es im letzten Job oder jetzt in der Arbeitslosigkeit. Unklar ist, unter welchen Formen der Diskriminierung Arbeitslose in Österreich derzeit am meisten leiden. Zu den vermutlichen Gründen ihrer Schlechterbehandlung gefragt, berichten 42% aller Arbeitslosen, dass sie sich aufgrund ihres Alters diskriminiert fühlten und 35% nannten die Herkunft oder die Hautfarbe als Diskriminierungsgrund. Ebenfalls 42% nannten ihre Arbeitslosigkeit, 29% ihre soziale Stellung oder Herkunft als Grund. Altersdiskriminierung, Rassismus und Klassismus sind damit die drei häufigsten Formen der Diskriminierung unter Arbeitslosen.

Altersdiskriminierung trifft erwartungsgemäß vor allem ältere Arbeitslose. 85% aller Betroffenen über 50, die sich in mindestens einem Bereich diskriminiert fühlten, führen dies auf ihr Alter zurück.

Rassismus trifft insbesondere Arbeitslose mit osteuropäischem Migrationshintergrund oder aus Drittstaaten. Jeweils rund 90% der Betroffenen dieser beider Herkunftsgruppen führen ihre Diskriminierung z.B. auf ihre Hautfarbe oder Sprache zurück. Unter Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien oder der Türkei sind es mit 65% zwar ebenfalls zwei Drittel, allerdings fällt in diesen Gruppen auch auf, dass die soziale Herkunft sowie die eigene Arbeitslosigkeit häufiger als Diskriminierungsgrund vermutet werden – das Zusammenwirken verschiedener Formen von sozialer Ungleichheit wird hier offensichtlich.

Klassismus, bei dem Menschen aufgrund ihres sozialen Status schlechter behandelt werden, trifft im Unterschied zu Altersdiskriminierung und Rassismus viele Gruppen gleichermaßen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie über geringes soziales, kulturelles und letztlich auch finanzielles Kapital verfügen. Dementsprechend führen Arbeitslose mit maximal Pflichtschul- oder Lehrabschluss ihre Diskriminierung deutlich häufiger auf ihre Arbeitslosigkeit oder ihre soziale Herkunft zurück als z.B. Akademiker*innen. Dasselbe gilt für Arbeitslose mit niedrigerem Haushaltseinkommen und insbesondere für armutsgefährdete Haushalte. Dies alles mündet in starken Unterschieden zwischen den Erwerbsklassen: Während sich unter arbeitslosen technischen Expert*innen oder Beschäftigten im Management niemand aufgrund der sozialen Stellung diskriminiert fühlte, sind es unter Produktionsarbeiterinnen und -arbeitern 25%, unter Dienstleistungsarbeiterinnen und -arbeitern sogar 41%. Anders betrachtet: Von allen 122 Befragten, die sich aufgrund ihres sozialen Status diskriminiert fühlten, sind 97% entweder ehemalige Dienstleistungsarbeiter*innen oder Produktionsarbeiter*innen. Klassismus trifft also bis auf wenige Ausnahmen ausschließlich Angehörige dieser beiden Erwerbsklassen, also z.B. ehemalige Hilfsarbeiter*innen, Reinigungskräfte, Bauarbeiter*innen, Keller*innen, Friseurinnen oder Supermarktangestellte.

Gibt es bestimmte Formen der Diskriminierung, die bei Arbeitslosen in spezifischen Kontexten – also etwa bei der Arbeitssuche, bei Kündigungen oder in ihren Beratungen beim AMS – häufiger auftreten? In Bezug auf Rassismus zeigt sich, dass dieser sowohl im Bewerbungsprozess als auch während eines Arbeitsverhältnisses häufiger auftritt, d.h. dass migrantische Arbeitslose sowohl während ihrer Erwerbstätigkeit als auch während der Arbeitslosigkeit Rassismus ausgesetzt sind. Darüber hinaus bestätigt sich, dass Altersdiskriminierung und Klassismus am häufigsten im Bewerbungsprozess auftreten – rund 9 von 10 Betroffenen erlebten diese Formen der Diskriminierung, wenn sie sich für neue Stellen beworben haben.

Dass Arbeitslosigkeit an sich bzw. der damit einhergehende soziale Abstieg Auslöser für Diskriminierung ist, trifft die Betroffenen in mehrfacher Hinsicht. Zum einen wird ihnen dadurch die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt erschwert, zum zweiten verfestigt sich in weiterer Folge die Armutsgefährdung, zum dritten führt insbesondere erlebter Klassismus bei Betroffenen häufiger zu Demotivation, Isolation und Resignation (vgl. Schönherr/Leibetseder 2020). Dies auch weil sie oft nicht wissen, wie sie sich zur Wehr setzen könnten (zumal die soziale Stellung kein gesetzlich verankertes Diskriminierungsmerkmal ist). Diskriminierungen – vor allem aufgrund der sozialen Stellung – stehen somit *„im Gegensatz zum meritokratischen Selbstanspruch moderner Gesellschaften und sind folglich in dem Maß skandalisierbar“* (Scherr 2014). In diesem Zusammenhang fällt vor allem auf, dass negative öffentliche Äußerungen zu Arbeitslosen in den meisten Fällen unhinterfragt bleiben. Man möchte meinen, dass über kaum eine andere Gruppe so unwidersprochen Vorurteile und negative Bilder vermittelt werden dürfen wie über Arbeitslose. Nicht zuletzt aufgrund dieser ausbleibenden „Skandalisierung“ von meist faktenlosen, anekdotischen Vorurteilen über arbeitslose Menschen haben sich negative Bilder und Vorstellungen in breiten Teilen der Bevölkerung mittlerweile festgesetzt.

Dazu zählt zum Beispiel das Vorurteil, dass ein großer Teil der Arbeitslosen in Wirklichkeit eigentlich gar keinen neuen Job suche. In einem Interview mit der Wochenzeitung Profil 2018 meinte der damalige Vizekanzler H.C. Strache z.B.: *„Es gibt genügend Beispiele, dass Arbeitslose vom Arbeitsmarktservice zum Vorstellungsgespräch in Unternehmen geschickt werden und mitteilen, sie haben kein Interesse am Job. Solche Durchschummler wollen wir treffen, wie, das wird verhandelt.“*²¹ Eine wissenschaftliche Evidenz dafür gab es nicht. Auch dies ein Merkmal des Diskurses über Arbeitslose: Die Anekdote wird angesichts fehlender Zahlen zum bestimmenden Deutungsrahmen. Im Juni 2021 – zur selben Zeit als die vorliegende Befragung stattfand – erklärte Mario Pulker, Vertreter der Gastronomie-Branche in der Wirtschaftskammer, medienwirksam, dass manch Arbeitslose *„einfach nicht mehr diesen großen Willen zeigen, sich wieder eingliedern zu lassen in den normalen Arbeitsalltag.“*²² Solche Äußerungen prägen das Bild, das die Bevölkerung von Arbeitslosen hat: Von 100 Arbeitslosen würden im Schnitt nur 66 „wirklich“ einen neuen Job suchen, glauben die befragten Beschäftigten. Fakt ist: Von 100 Arbeitslosen suchen 95 derzeit nach einer neuen Arbeit, nur 5% geben in der Befragung an, keinen Job zu suchen – und ein Teil davon aus Krankheitsgründen.

Der nächste Vorwurf gegen Arbeitslose ist, dass sie mit dem Arbeitslosengeld „zu gut“ über die Runden kommen und es sich deshalb zuhause gemütlich gemacht hätten. Diese Erzählung ist nicht neu und geht bis mindestens in die

²¹ Profil vom 22.1.2018, online unter: <https://www.profil.at/oesterreich/heinz-christian-strache-interview-boehmermann-8681769>

²² Der Standard vom 6. Juni 2021, online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127183672/gastro-obmann-fordert-verschaerfung-der-zumutbarkeitsregeln-fuer-arbeitslose>

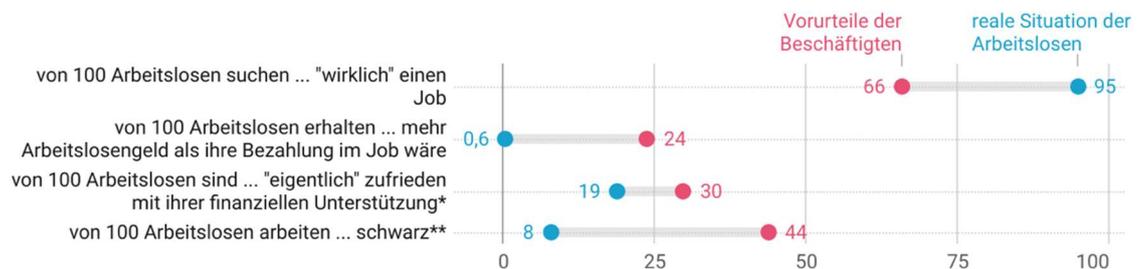
1930er Jahre zurück, als man gefordert hat, Hilfeleistungen an Arme nur noch in Form von Naturalien zu leisten, da Arbeitslose das Geld „unvernünftig“ einsetzen würden. In einer Studie aus dem Jahr 1989, für die mehrere hundert qualitative Interviews mit Arbeitslosen, Arbeitgeber*innen und Beschäftigten in Graz geführt wurden, kommen teils wortidiotische Schilderungen von angeblich arbeitsunwilligen Arbeitslosen. Bereits vor 30 Jahren war also die Rede „so vom Hörensagen. Wenn einer sagt, er geht lieber Stempeln, weil er wird nicht wegen ein paar Schilling mehr arbeiten.“ Oder: „Schauen Sie, ich habe schon gehört: ‚Ah, wegen die 800 oder 500 Schilling mehr komme ich nicht arbeiten‘. Oder: ‚Was soll ich arbeiten gehen, ich kriege 7.000 Schilling Arbeitslose‘, habe ich irgendwo gehört. ‚Da wäre ich ja blöd, wenn ich arbeiten geh.‘“ (alle zitiert nach: Moser 1993, 153). Auch heute noch herrscht die Meinung vor, dass eines der Hauptprobleme die Höhe des Arbeitslosengeldes ist. Von 100 Arbeitslosen, so die befragten Beschäftigten, würden 24 derzeit mehr Arbeitslosengeld beziehen als ihre Bezahlung im Job gewesen wäre und 30 wären „eigentlich ja eh“ zufrieden mit ihrer finanziellen Situation. Auch hier schaut die Realität anders aus. Nur 0,6% aller Arbeitslosen geben an, jetzt insgesamt mehr Geld zu beziehen als in ihrer früheren Beschäftigung. Abgesehen davon, dass zwischen 51% und 66% aller Arbeitslosen in einem armutsgefährdeten Haushalt leben und rund die Hälfte als finanziell depriviert gilt, zeigen Daten des Arbeitsklima Index, dass nicht 30% sondern maximal 19% mit ihrer finanziellen Unterstützung einigermaßen zufrieden seien. Außer Acht gelassen wird dabei oft, dass vor allem Besserverdiener*innen mit dem Arbeitslosengeld gut über die Runden kommen, während z.B. vormalige Produktionsarbeiterinnen und -arbeiter sowie Dienstleistungsarbeiterinnen und -arbeiter oft schon zu Beginn der Arbeitslosigkeit armutsgefährdet sind.

Das letzte Vorurteil, das Arbeitslosen immer wieder entgegengebracht wird, ist das der Schwarzarbeit. „So ziemlich jeder Arbeitgeber kann daher ein Lied davon singen, wie frustrierend es manchmal ist, trotz Vermittlungsbemühungen des AMS wirklich eine Fachkraft zu bekommen. Wie es für manche eben dank Notstandshilfe (und in Kombination mit Schwarzarbeit) attraktiver ist, nicht zu arbeiten.“²³, schrieb Kurt Oberholzer, Chefredakteur der Salzburger Wirtschaft in seinem Leitartikel 2018. Auch dieser Diskurs lässt sich bis in die 1980er Jahre zurückverfolgen: „Ja, die gehen schwarzarbeiten, weil da teilen sie es sich ein: heute mag ich, da habe ich dann ein Geld, und da fahre ich dann fort ein paar Tag.“ sagte damals ein Unternehmer (zitiert nach: Moser 1993, 163). Tatsächlich geben in der vorliegenden Befragung zunächst einmal 32% der Arbeitslosen an, dass sie mittels Gelegenheitsarbeiten finanziell dazuverdienen. Das beinhaltet aber auch offizielle Zuverdienste durch Freie Mitarbeit, geringfügige Beschäftigung oder Werkverträge sofern sie unter der erlaubten Zuverdienstgrenze von ca. 475 Euro pro Monat liegen. Der Anteil an

²³ Salzburger Wirtschaft vom 12.1.2018, online unter: https://news.wko.at/news/salzburg/1_2018-web_2.pdf

Schwarzarbeit dürfte deutlich niedriger liegen, wenngleich es keine offiziellen Zahlen dazu gibt. Laut einer Eurobarometererhebung waren es 2013 8% aller Arbeitslosen, die angaben, während ihrer Arbeitslosigkeit zu „pfuschen“.

Abbildung 14: Vorurteile gegenüber Arbeitslosen und deren reale Situation



n=629 Beschäftigte vs. 1.215 Arbeitslose

* Zahlen zur Einkommenszufriedenheit von Arbeitslosen entstammen dem Österreichischen Arbeitsklima Index der Arbeiterkammer Oberösterreich (2020/21); **Zahlen zur Schwarzarbeit entstammen dem Special Eurobarometer 402: Undeclared work in the European Union aus 2013 (Eigenauswertungen)

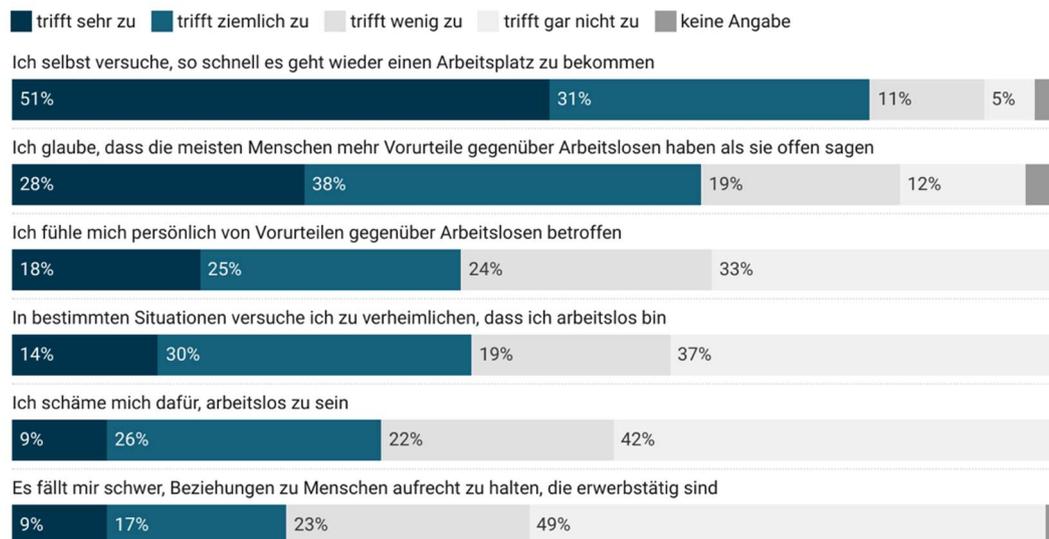
Angesichts dieser sowie den vorherigen Ergebnissen zu Diskriminierungserfahrungen kann man bei Arbeitslosen zurecht von einer stigmatisierten Gruppe unserer Gesellschaft sprechen. Als Stigma versteht man in der Sozialpsychologie ein Merkmal einer Person, das „zutiefst diskreditierend“ ist - „manchmal wird es auch ein Fehler genannt, eine Unzulänglichkeit, ein Handicap“ (Goffman 1975, 11). Das Konzept des Stigmas wird mittlerweile auch in der soziologischen Ungleichheitsforschung verwendet, u.a. zur Erklärung des Phänomens Armut - sowohl die Stigmatisierung als Folge von Armut als auch soziokulturelle Armut als Folge von Stigmatisierung (vgl. Schmid/Wallimann 1998).

Auch Arbeitslose sind in Medien immer wieder abwertenden und moralisch urteilenden negativen Zuschreibungen ausgesetzt (Gurr/Jungbauer-Gans 2017). Dieser Prozess der „Gruppenüberheblichkeit“ auf der einen und „Gruppenabwertung“ auf der anderen Seite (Gurr 2018, 101) verschärft sich, wenn auch noch das Stigma der Armut hinzukommt. Vor allem Langzeitarbeitslose werden auf diese Art doppelt herabgewürdigt. Die nachweisbaren Folgen solcher Stigmatisierungen sind weitreichend. Stigmatisierte Gruppen sind ökonomisch benachteiligt und erleben häufiger Diskriminierungen. Sie werden im Bildungssystem benachteiligt, am Wohnungsmarkt, im Justizsystem, im Gesundheitssystem und in der Arbeitswelt. Psychologisch haben Stigmatisierungserfahrungen auch Auswirkungen auf die psychische Gesundheit, das Selbstbewusstsein, die Motivation und nicht zuletzt die körperliche Gesundheit (Gurr/Unger/Jungbauer-Gans 2018). Kontinuierlich über sich selbst in abwertender Manier zu hören oder zu lesen, führt somit bei Betroffenen zu einem Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit, ein Gefühl, „von allgemein bestehenden Erwartungen in negativer Weise abzuweichen.“ (ebd.) Dieses Stigma-

Bewusstsein geht in weiterer Folge mit der Angst einher, „Ziel von Vorurteilen und Opfer von Diskriminierungen zu sein.“ (ebd.)

In der vorliegenden Befragung wurde auch erhoben, wie verbreitet solch ein Stigma-Bewusstsein²⁴ unter Arbeitslosen in Österreich ist. Die meisten Arbeitslosen (82%) empfinden dabei den Druck, so rasch wie möglich wieder eine neue Arbeit zu finden. Zwei von drei Befragten sind sich bewusst, dass die meisten Menschen mehr Vorurteile gegenüber Arbeitslosen haben als sie offen sagen. 43% fühlen sich auch persönlich von solchen Vorurteilen betroffen und ca. genauso viele versuchen manchmal zu verheimlichen, dass sie arbeitslos sind. 35% sagen, sie schämen sich für ihre Arbeitslosigkeit. Darunter leiden nicht zuletzt die sozialen Beziehungen zu Mitmenschen – einem Viertel fällt es schwer, Beziehungen zu Menschen aufrecht zu erhalten, die erwerbstätig sind.

Abbildung 15: Stigma-Bewusstsein von Arbeitslosen



n=1.215 Arbeitslose

Aus fünf der sechs abgefragten Items lässt sich ein Index²⁵ bilden, der das Ausmaß des Stigma-Bewusstseins der befragten Arbeitslosen widerspiegelt (von 5 = kein Stigma-Bewusstsein bis 20 = hohes Stigma-Bewusstsein). Im Schnitt liegt der Wert bei 11,25 Punkten. Nur wenige Gruppen weichen markant von diesem Durchschnittswert ab: Akademiker*innen und Arbeitslose mit Matura haben mit Werten von 8,71 bzw. 8,79 eine niedrigere Stigma-Bewusstsein als Arbeitslose mit maximal Pflichtschulabschluss (12,84). Menschen, die sich selbst weiter unten in der Gesellschaft sehen haben mit dem höchsten Stigma-Bewusstsein (13,79). Arbeitslose, die beim AMS eine negative

²⁴ Grundlage ist eine gekürzte und leicht abgewandelte Version der Stigmatisierungsskala (ursprünglich 9 Items), die im Jahr 2013 im Rahmen der 7. Welle der PASS-Befragung (Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) bei arbeitslos gemeldeten Personen in Deutschland erhoben wurde.

²⁵ Eine Faktorenanalyse hat gezeigt, dass den sechs Items zwei gemeinsame Dimensionen zugrunde liegen, wobei lediglich das Item „Ich selbst versuche, so schnell es geht wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen“ sich nicht den anderen fünf Items zuordnet. Die restlichen fünf Items wurden zu einem Gesamtindex aufsummiert (Cronbach's Alpha: ,835).

Behandlung erfahren, sich z.B. für Stellen bewerben müssen, die nicht ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen, haben ebenso ein deutlich höheres Stigma-Bewusstsein (13,2) wie Arbeitslose, die Diskriminierung erfahren haben (13,19). Dass sich darüber hinaus aber kaum auffällige Gruppenunterschiede zeigen, legt den Schluss nahe, dass Arbeitslosigkeit *per se* als Verletzung der Norm, erwerbstätig zu sein, empfunden wird, und zwar von fast allen Betroffenen im ungefähr gleichen Ausmaß.

Schlussbetrachtung: Zur gesellschaftlichen Situation von Arbeitslosen in Österreich

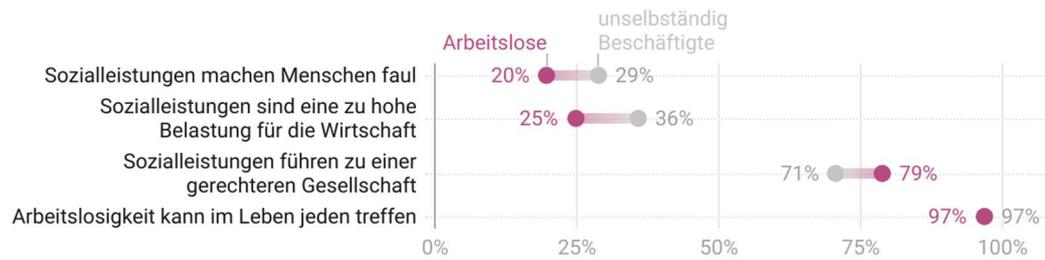
Eine schnelle Recherche auf Google zeigt: Zwischen 29. Mai und 11. Juli 2021 – dem exakten Zeitraum der dieser Studie zugrundeliegenden Befragung von rund 1.200 Arbeitslosen – erschienen in Österreich insgesamt 219 Onlinenartikel zum Thema „Arbeitslosigkeit“. Darunter fallen vor allem Meldungen über den Rückgang der Arbeitslosigkeit auf Bundes- und auf regionaler Ebene, aber auch Artikel zur Ankündigung des Arbeitsministers, die während der COVID-19-Pandemie ausgesetzten Zumutbarkeitsbestimmungen nun wieder anzuwenden²⁶, über den Plan einer „Umweltstiftung“ sowie die bereits eingangs zitierten Forderungen aus der Gastronomie, den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen. Arbeitslose selbst kamen medial aber nur in wenigen Einzelfällen zu Wort²⁷. Der Diskurs rund um Arbeitslose ist auffällig stark von statistischen Zahlen und Ankündigungen der zuständigen Behörden geprägt – die Menschen hinter den Zahlen finden kaum Beachtung. Das korrespondiert mit Ergebnissen aus anderen Studien, wonach Arbeitslose von ihren Mitmenschen relativ zu anderen Gruppen negativ wahrgenommen und abwertend beschrieben werden (Eberl et al. 2014).

Wie aber nehmen Arbeitslose die Gesellschaft selbst wahr? Wie empfinden sie ihre Situation und wie gut fühlen sie sich von der Politik vertreten? Und welchen Blick auf das Sozialsystem haben Arbeitslose?

Dass Sozialleistungen Menschen faul machen, glauben 20% aller Arbeitslosen und 29% aller unselbständig Beschäftigten. Etwas weiter auseinander liegt die Einschätzung, wonach Sozialleistungen eine zu hohe Belastung für die Wirtschaft seien: Während dies nur 25% aller Arbeitslosen glauben, sind es unter Beschäftigten mehr als jede bzw. jeder Dritte. Dass Sozialleistungen zu einer gerechteren Gesellschaft führen, glaubt die Mehrheit in Österreich – 71% aller Beschäftigten und 79% aller Arbeitslosen. Gleichauf liegen beide Gruppen in einer Einschätzung: Dass nämlich Arbeitslosigkeit im Leben jeden treffen könne, glauben 97% aller Arbeitslosen und Beschäftigten.

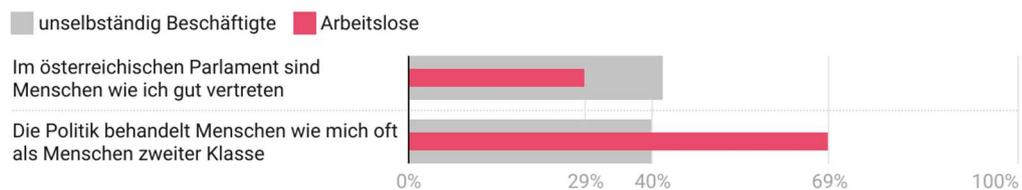
²⁶ „Kocher: Mehr Kontrollen bei Zumutbarkeit für Arbeitslose“. In: Wiener Zeitung vom 5.7.2021, online unter: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2111210-Kocher-will-Druck-auf-Arbeitslose-erhoehen.html>

²⁷ „Frechheit“ – Arbeitslose sauer über neue AMS-Regelung“. In: Heute vom 10.7.2021, online unter: <https://www.heute.at/s/frechheit-arbeitslose-sauer-ueber-neue-ams-regelung-100151757>; „Firmen suchen Mitarbeiter, Arbeitslose Jobs: Das sagen die Betroffenen“. In: Kurier vom 4.7.2021; „Wie geht es Ihnen in der Arbeitslosigkeit?“. In: Der Standard vom 6. Juli 2021, online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127948389/wie-geht-es-ihnen-in-der-arbeitslosigkeit>; „Die Menschen hinter der Statistik: Fünf Langzeitarbeitslose erzählen.“ In: Der Standard vom 27.6.2021, online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127731123/die-menschen-hinter-der-statistik-fuenf-langzeitarbeitslose-erzaehlen>

Abbildung 16: Einschätzung des Sozialsystems

n=629 Beschäftigte und 1.215 Arbeitslose

Die eigene politische Repräsentation wird von Arbeitslosen und Beschäftigten stark unterschiedlich wahrgenommen. Dass Menschen wie sie im österreichischen Parlament gut vertreten sind, glauben nur 29% der Arbeitslosen und 42% der Beschäftigten. Dass die Politik Menschen wie sie „oft“ als Menschen zweiter Klasse behandelt, empfinden hingegen 69% aller Arbeitslosen und 40% aller Beschäftigten.

Abbildung 17: Einschätzung der eigenen politischen Repräsentation

n=629 Beschäftigte und 1.215 Arbeitslose

Dass sich sieben von zehn Arbeitslosen von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt fühlen und nur drei von zehn das Gefühl haben, auch Menschen wie sie seien im österreichischen Parlament gut vertreten, zeigt die zunehmende Kluft zwischen jenen, die Arbeit haben, und jenen, die diese Arbeit verloren haben. Tatsächlich legen Studien aus Deutschland auch für Österreich nahe, dass der Umbau des Wohlfahrtsstaates und hier insbesondere die „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik seit den 1990er Jahren „maßgeblich den Präferenzen oberer sozialer Klassen folgten, während sozial Schlechtergestellte ihre Forderungen nur verwirklicht sahen, wenn sie mit denen der Bessergestellten übereinstimmten“ (Elsässer 2018, 399). Einher gingen diese politischen Maßnahmen mit einem sich schon in den 1980er Jahre verändernden Diskurs, der Arbeitslosigkeit nicht mehr als Problem des Arbeitsmarktes betrachtet, sondern in der Eigenverantwortung der arbeitslosen Menschen verankert, ihnen die Eigenverantwortung für ihre Situation umhing und sie unter Verwendung von stereotypen Zuschreibungen stigmatisierte. Der vorliegende Bericht versteht sich vor diesem Hintergrund als Beitrag zur laufenden Debatte über Ursachen und Folgen von Arbeitslosigkeit und die davon Betroffenen, der eine evidenzbasierte und differenzierte Diskussion ermöglichen soll.

Literatur

Allhutter, D., Cech, F., Fischer, F., Grill, G. & Mager, A. (2020): "Algorithmic Profiling of Job Seekers in Austria: How Austerity Politics Are Made Effective", In: *Frontiers in Big Data* (Special Issue Critical Data and Algorithm Studies). Online unter: <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fdata.2020.00005/full>

Altmann, St., Falk, A., Jäger, S., Zimmermann, F. (2015): Learning about Job Search: A Field Experiment with Job Seekers in Germany, IZA Discussion Paper, 2015, No. 9040, pp. 2015.

AMS (2021): Arbeitsmarktlage 2020. Online unter: https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_JB-2020.pdf

Atzmüller, Roland (2009): Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik. In: *Kurswechsel*, 4, 24-34.

Boehle, Mara (2015): Armutsmessung mit dem Mikrozensus: Methodische Aspekte und Umsetzung für Querschnitts- und Trendanalysen. *GESIS Papers* 2015|16. Köln 2015.

Bonoli, G. (2014): "Networking the Unemployed: Can Policy Interventions Facilitate Access to Employment through Informal Channels?", *International Social Security Review*, 2014, Vol. 67 (2), pp. 85-106.

Coutts, AP (2009): *Active Labour Market Programmes (ALMPs) and Health: An Evidence-Base*. University of Oxford, UK. Online unter: <http://www.instituteofhealthequity.org/file-manager/economic-active-labour-market-full-report.pdf>

Eberl, Jakob Moritz, Alexander Lang, Michaela Lebisch and Hana Mikulová (2014): »Schmarotzende« und »Opfer«. *Soziale Repräsentationen von Arbeitslosen*. Schriftenreihe / Forschungsbereich / Wirtschaft und Kultur, 14. WU Vienna University of Economics and Business, Vienna.

Elsässer, Lea (2018): Ungleiche politische Repräsentation und sozialstaatlicher Wandel. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, 64, 2018, 4, 399-429.

Eppel, Rainer / Huemer, Ulrike / Mahringer, Helmut: *Arbeitslosigkeit*, S. 151 – 174, in: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK): *COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich*, Wien 2021

Eppel, Rainer; Fink, Martina; Mahringer, Helmut (2016): Die Wirkung zentraler Interventionen des AMS im Prozess der Vermittlung von Arbeitslosen Arbeitslosengeld, Vermittlungsvorschläge, Maßnahmenzuweisungen und Sanktionen. *Endbericht, AMS Österreich* (Hg.)

Eppel, Rainer; Huemer, Ulrike; Mahringer, Helmut; Weber, Andrea; Knöllner, Jochen; Konle-Seidl, Regina (2012): Öffentliche Arbeitsvermittlungssysteme und ihr Einfluss auf Suchverhalten und Erfolg Arbeitsuche, WIFO, Wien.

Fink, Maria / Moreau, Caroline / Rocha-Akis, Silvia: Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die Einkommenslage der privaten Haushalte, S. 44 – 59, in: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK): COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich, Wien 2021

Globisch, Claudia; Madlung, Fabian (2017): Aktivierende Sozialpolitik zwischen Systemimperativ und Eigensinn: Eine Untersuchung der Effekte und Aneignung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Österreich. Österreichische Zeitschrift für Soziologie 42 (4), S. 321 – 343

Goffman, Erving (1975): Stigma: Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Griesser, Markus: Deutungsrahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik: ein deutschösterreichischer Vergleich von diskursiven Frames aus Anlass von 50 Jahren Arbeits(markt)förderungsgesetz, S. 166 -188, in: momentum quarterly - Zeitschrift für Sozialen Fortschritt, Vol. 8, No. 3, Wien 2019.

Gurr, Thomas (2018): Sozial disqualifiziert – Arbeitslose zwischen Abwertung, Entkoppelung und eigenen Vorurteilen. Online unter: https://www.researchgate.net/publication/327160531_Sozial_disqualifiziert_-_Arbeitslose_zwischen_Abwertung_Entkoppelung_und_eigenen_Vorurteilen

Gurr, Thomas; Unger, Stefanie; Jungbauer-Gans, Monika (2018): Gehen Sanktionen mit einem höheren Stigmabewusstsein bei Arbeitslosen einher? Zeitschrift für Sozialreform, vol. 64, no. 2, 2018, pp. 217-248.

Hammerl, Josef und Kraus, Hans (1936): Handbuch des Arbeitslosenrechts einschließlich der Altersfürsorge, eine systematische Darstellung der geltenden Bestimmungen unter Berücksichtigung der Praxis, Wien 1936.

Heitzmann, Karin: Armut und soziale Ausgrenzung während der Covid-19 Pandemie, S. 60 – 87, in: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK): COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich, Wien 2021

Hofer, Helmut / Weyerstraß, Klaus: Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Arbeitsmarkt, S. 10 – 20, in: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK): COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich, Wien 2021

Holleder, Alfons (Hg.) (2009): Gesundheit von Arbeitslosen fördern! Ein Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Frankfurt a. M.

- Jahoda, Marie (1997): Manifest and latent functions, in: Nicholson, N. (Hrsg.): *The Blackwell Encyclopedic Dictionary of Organizational Psychology*, Oxford, S. 317–318
- Jahoda, Marie; Lazarsfeld, Paul; Zeisel, Hans (1975/1933): *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziologischer Versuch*. Berlin: Suhrkamp.
- Kasy, Maximilian; Lehner, Lukas (2021): "Employing the unemployed of Marienthal: Evaluation of a guaranteed job program." AEA RCT Registry. February 08. <https://doi.org/10.1257/rct.6706-1.1>.
- Kaupa, Isabella; Brandl, Johanna; Edlmayr, Christa; Kittel, Carmen; Schönherr, Daniel (2010): *Qualität im Arbeitsvermittlungsprozess. Das Erstgespräch in der Beratungszone des AMS*.
- Kroll, Lars E.; Lampert, Thomas (2012): *Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Gesundheit. GBE Kompakt3(1)*.
- Lehner, Lukas; Schwarz, Anna (2021): "Reframing active labor market policy: Experimental evidence of training vouchers for unemployed." AEA RCT Registry. March 10. <https://doi.org/10.1257/rct.7141-2.0>.
- Lelle, Nikolaus (2017): „Ich könnte nicht ohne Arbeit sein“ Der Nationalsozialismus und sein Hass auf Arbeitslosigkeit und Nicht-Arbeit. Konferenzbeitrag.
- Loch, Hanna (2017): *Die Häftlingsgruppe der „Asozialen“ im Konzentrationslager Mauthausen. Zur Vernachlässigung einer Perspektive in der historischen Forschung*. Wien 2017.
- Moser, Johannes (1993): *Jeder, der will, kann arbeiten. Die kulturelle Bedeutung von Arbeit und Arbeitslosigkeit*. Wien, Zürich: Europaverlag.
- Muller J J; Creed P A; Waters L.; Machin M A; (2003): Introducing the latent and manifest benefits of employment (LAMB) scale, *Australian Journal of Psychology*, 55 (138).
- Nüß, Patrick (2018): *Duration dependence as an unemployment stigma: Evidence from a field experiment in Germany*, Economics Working Paper, No. 2018-06, Kiel University, Department of Economics, Kiel
- Scherr, Albert (2014): *Diskriminierung und soziale Ungleichheiten – Erfordernisse und Perspektiven einer ungleichheitsanalytischen Fundierung von Diskriminierungsforschung und Antidiskriminierungsstrategien*. Springer Fachmedien: Wiesbaden.
- Schmid, Susanne; Wallimann, Isidor: *„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“: Wege zur soziokulturellen Existenzsicherung*. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt
- Schönherr, Daniel; Leibetseder, Bettina (2020): *Soziale Stellung und Diskriminierungserfahrungen. Sonderauswertung der Studie „Diskriminierungserfahrungen in Österreich“*. Wien, AK Wien.

Schönherr, Daniel; Simon, Julia (2020): Spätfolgen von Arbeitslosigkeit. Im Auftrag des Arbeitsmarktservice Wien. Endbericht, AMS Österreich (Hg.)

Tálos, Emmerich (1981): Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.

Tálos, Emmerich; Fink, Marcel (2008): Arbeitslosigkeit: Eine Geißel, die nicht verschwindet. In: Karner, Stefan / Mikoletzky, Lorenz (Hg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck/Wien/Bozen 2008, S. 229-240

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bestand vorgemerakter Arbeitsloser Juli 2019 bis Juli 2021	1
Abbildung 2: Frühere Erwerbsklassen von Arbeitslosen	7
Abbildung 3: Sozioökonomischer Status und Berufsprestige der (ehemaligen) Jobs von Arbeitslosen im Vergleich zu aktuell Beschäftigten	7
Abbildung 4: Nettoeinkommen vor und während der Arbeitslosigkeit	10
Abbildung 5: Nettoeinkommen während der Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Elternschaft	11
Abbildung 6: Indikatoren der Armut (finanzielle Deprivation)	13
Abbildung 7: Armutsgefährdungsquote nach Erwerbsklassen – Vergleich Arbeitslose und unselbständig Beschäftigte	14
Abbildung 8: Ausschlaggebender Grund für die Arbeitslosigkeit	21
Abbildung 9: Ausschlaggebender Grund für die Arbeitslosigkeit nach höchstem Ausbildungsniveau	21
Abbildung 10: Suchstrategien der Arbeitslosen	22
Abbildung 11: Durchschnittliche Anzahl an Bewerbungen und Einladungen zu Bewerbungsgesprächen in den letzten 4 Wochen	23
Abbildung 12: Diskriminierungserfahrungen von Arbeitslosen	26
Abbildung 13: Diskriminierungserfahrungen von Arbeitslosen nach Gruppen	28
Abbildung 14: Vorurteile gegenüber Arbeitslosen und deren reale Situation	32
Abbildung 15: Stigma-Bewusstsein von Arbeitslosen	33
Abbildung 16: Einschätzung des Sozialsystems	36
Abbildung 17: Einschätzung der eigenen politischen Repräsentation	36

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Soziodemografische Merkmale der Stichprobe	8
Tabelle 2: Strategien zur Existenzsicherung	12
Tabelle 3: LAMB-Skala (Latent and Manifest Benefits of Work) bei Arbeitslosen und Beschäftigten	18
Tabelle 4: Psychosomatische Beschwerden an mehr als der Hälfte aller Tage in der Woche	19
Tabelle 5: Verhältnis zwischen Anzahl an Bewerbungen und Anzahl an Einladungen zu Vorstellungsgesprächen in den letzten 4 Wochen nach Gruppen	25

Technische Details

Thema:	Zur Situation von Arbeitslosen in Österreich 2021
Auftraggeberin:	Momentum Institut
Beauftragtes Institut:	SORA Institute for Social Research and Consulting, Wien
Wissenschaftliche Leitung:	Daniel Schönherr
Autoren/-innen:	Daniel Schönherr Werner Sturmberger
Erhebungsgebiet:	Österreich
Grundgesamtheit:	Aktuell Arbeitslose und unselbständig Beschäftigte ab 15 Jahren
Stichprobenumfang:	n = 1.215 Arbeitslose und n = 629 unselbständig Beschäftigte
Stichprobendesign/-ziehung:	Zufallsstichprobe
Sprache(n):	Deutsch, fallweise Türkisch, Serbokroatisch, Ungarisch, Rumänisch oder Arabisch
Gewichtung:	Repräsentativgewichtung entlang des höchsten Bildungsabschlusses sowie für Arbeitslose entlang der Dauer der Arbeitslosigkeit
Art der Befragung:	Telefonisch (CATI)
Ø Interviewdauer:	19,24 Minuten
Befragungsinstitut:	IPR
Befragungszeitraum:	29. Mai bis 11. Juli 2021